H 8040 F
ISSN 1619-1404
29. Jahrgang
Nummer 173
Juli | August 2018
3,50 Euro



der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

Inhalt und Editorial

Titelseite: Protest von Flüchtlingen gegen Rassismus
Photo Mark Mühlhaus / attenzione

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

auf der Straße propagierte Björn Höcke von der »Alternative für Deutschland« (AfD) wieder einmal in Manier von NSDAP-Reichspropagandaminister Joseph Goebbels den völkischen Kampf. Und beim Kyffhäuser-Treffen der AfD wurden JournalistInnen vor den Augen der Polizei bedroht und attackiert. Indes haben sich die CSU – aber auch die sächsische CDU – eindeutig positioniert. Die Nachfolger im Geiste von Franz Josef Strauß, angeführt vom amtierenden Bundesinnenminister (Stand: 02.07.2018) Horst Seehofer in Berlin, setzten im Vorfeld der Landtagswahl in Bayern alles auf die rassistische Karte. Doch auch wenn Seehofer sogar in konservativen Medien harsche Kritik entgegen schlägt und der Unions-Rechtsruck nur der AfD und ihrer WählerInnenklientel nützt, hält die CSU an ihrem Kurs fest. Beifall und politische Rückendeckung erfährt sie dabei von der nationalistisch-konservativen Koalition im benachbarten Österreich, der nunmehr mitregierenden neofaschistischen »Lega« in Italien und der autokratischen Regierung in Ungarn. Die Rechten nutzen ihren derzeitigen Schwung für Weichenstellungen bei politischen, sozialen und kulturellen Entscheidungen.
Möglich ist das auch durch die Inszenierung eines permanenten Ausnahmezustands, gern unter Zuhilfenahme von Halbwahrheiten und glatten Lügen. Eine der letzten ‹Skandal›-Erzählungen richtete sich gegen die Bremer Außenstelle des »Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge«. Eine angebliche »Asyllobby« habe dort über tausend Geflüchtete bandenmäßig und illegal als Asylsuchende anerkannt, darunter auch islamistische »Gefährder«. Dass sich die Vorwürfe nach genauerer Prüfung als haltlose Falschinformationen entpuppten, war nur noch eine Randnotiz wert. Denn der sogenannte »Masterplan« gegen Migration sollte die »Grenzen-dicht-Stimmung« gegen den »Asyltourismus« am Köcheln halten. Da passte es nur zu gut ins Konzept, dass die EU-Staaten Italien, Malta und Spanien mehreren hundert Geflüchteten an Bord von NGO-Schiffen die Einreise verwehrten und damit einmal mehr demonstrativ das Menschenrecht auf Asyl mit Füßen traten. Seehofers Linie zielt darauf ab, die Seenotretter als Kriminelle zu brandmarken und ihre Schiffe zu beschlagnahmen. Diejenigen also, die dachten, der rassistische Höhepunkt nach dem Sommer der Migration 2015 sei vorüber, wurden eines Schlechteren belehrt. Indes kann sich die AfD freuen, dass ihr Vokabular von der CSU übernommen wird. Und nicht nur das. Nachdem Höcke beim AfD-Bundesparteitag in Augsburg mit Blick auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr einen national-sozialen Parteitag durchsetzte, bedeutet dies eine weitere und mitunter erfolgreiche Radikalisierung. Denn ein Blick nach Österreich verrät: Die Verbindung von Rassismus und ethnokratischer Sozialpolitik bringt der extremen Rechten trotz neoliberalem Wirtschaftsprogramm deutliche Zustimmung.

#Aufruf

Solidarität statt Heimat

von Ramona Lenz



Demonstration im Mai 2018 zum Gedenken an den rassistischen Brandanschlag vom 29. Mai 1993 in Solingen.

»Asylgehalt«, »Asyltourismus«, »Antiabschiebeindustrie« – die jüngsten Kampfbegriffe von CSU-Politikern dürften ganz vorne mit dabei sein, wenn es darum geht, das Unwort des Jahres zu küren, also einen aktuellen Begriff, der gegen Prinzipien der Menschenwürde und der Demokratie verstößt. Die fortgesetzte Bezeichnung von Angela Merkel als »Flüchtlingskanzlerin«, obwohl sie für den Abbau des Asylrechts bis zur Unkenntlichkeit mit verantwortlich ist, die Einführung der Kategorie des »Gefährders« für Menschen, die im juristischen Sinne nicht einmal Verdächtige sind, und die Behauptung eines »Skandals«, weil sich eine Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge der allgemeinen Verrohung im behördlichen Umgang mit Schutzsuchenden verweigert, sind weitere Beispiele für verschleiernde und irreführende sprachliche Manöver. PolitikerInnen aller Parteien ebenso wie JournalistInnen wirken daran mit, nicht zuletzt auch bestimmte Kräfte aus dem linken Spektrum, die sich einen Pappkameraden basteln und ihm immer wieder erklären: »Es können nicht alle kommen.«

Noch stockt vielen der Atem angesichts des rasanten Abbaus menschenwürdiger Standards im Umgang mit Flüchtlingen und Andersdenkenden. Doch immer mehr Menschen widersprechen in Worten und Taten den Wirklichkeitsbehauptungen der Menschenfeinde. Die große Gegendemonstration zum Aufmarsch der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Berlin Ende Mai war dafür ein eindrückliches Zeichen. Ein weiteres Zeichen ist die jetzt veröffentlichte Erklärung »Solidarität statt Heimat«. Das »Institut Solidarische Moderne«, das »Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung« (kritnet) sowie die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation »medico international« widersetzen sich darin den rechten Hegemoniebestrebungen: »Nennen wir das Problem beim Namen: Es heißt nicht Migration. Es heißt Rassismus.«

Bewusst werden Scheingefechte angezettelt, in denen es vorgeblich um Realpolitik geht, ohne dass man sich von der Realität jedoch ernsthaft irritieren ließe. Das war beim Streit um eine »Obergrenze« so, der erbittert geführt wurde, obwohl die Zahl der Asylsuchenden bereits rückläufig war. Das ist beim neuen Gesetz zum Familiennachzug so, das Menschen mit eingeschränktem Schutzstatus das Leben schwer macht, während man gleichzeitig von ihnen erwartet, sich dankbar anzupassen. Und das ist im gegenwärtigen »Asylstreit« so. Abgesehen von Machtspielen und Wahlkampfgetöse geht es bei diesem Streit um nichts anderes als die Frage, ob man Flüchtlinge – zu Legitimationszwecken einhellig »Illegale« genannt – im nationalen Alleingang abweist oder ob man auf eine EU-weite »Lösung« mit identischer Stoßrichtung hinarbeitet.

Dass zeitgleich ganz realpolitisch ein Schiff mit hunderten verletzter und traumatisierter Flüchtlinge über das Mittelmeer irrt, weil es in keinen nahegelegenen Hafen einlaufen darf, hat hingegen nicht das Potenzial, einen »Asylstreit« zu entfachen. Denn dass man Flüchtlinge nach Möglichkeit von Deutschland fernhalten sollte, steht parteiübergreifend außer Frage. Es ist allenfalls umstritten, wie genau man das macht.

Die Länder an der EU-Außengrenze mit den Ankommenden allein zu lassen, hat sich nur bedingt bewährt. Also wird der Grenzschutz weit über die EU hinaus verlagert. Längst sind Kooperationen mit Diktatoren und Milizen real, die Folterknäste und Vergewaltigungslager betreiben und doch von Deutschland und der EU gerne als Türsteher in Anspruch genommen werden. Das ist bekannt und taugt doch nicht zum Skandal.

Ebenso wenig sorgt der Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit, die inzwischen nahezu widerstandslos in den Dienst des Grenz- und Migrationsmanagements gestellt und scheinheilig »Fluchtursachenbekämpfung« genannt wird, für öffentliche Empörung. Vielen Ländern wird ganz offen mit der Verringerung oder Streichung der Entwicklungshilfe gedroht, wenn sie Abschiebungen aus Europa nicht erleichtern. »Joint Way Forward« nennt sich die entsprechende EU-Vereinbarung mit Afghanistan beschönigend, und ungeachtet der kürzlich vom Auswärtigen Amt bestätigten »volatilen Sicherheitslage« werden Abschiebungen weiter forciert. Die Folge sind Angst und Retraumatisierung bei den hier lebenden AfghanInnen.

Und zu all dem wehen jetzt wieder die Deutschlandfahnen. Der scheinbar unschuldige Wohlfühl-Patriotismus, der auch vor Obsttörtchen beim Bäcker nicht Halt macht, hat den Aufstieg rechter Strukturen seit der Fußballweltmeisterschaft der Männer 2006 begleitet. Auch wenn er nicht notwendig auf den Ausschluss von Flüchtlingen und MigrantInnen zielt, trägt er zur Normalisierung und Verharmlosung des Denkens in nationalistischen Kategorien bei – dem sich jedoch immer mehr Menschen ausdrücklich verweigern.

Dr. Ramona Lenz ist Referentin für Flucht und Migration bei der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation »medico international« in Frankfurt am Main.

Der Rechten liebster Kampfbegriff

Vor gut 20 Jahren waren Aufkleber mit »PC – nein danke« Teil einer Kampagne der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Seit 2004 hetzt »Politically Incorrect« im Internet gegen Menschen islamischen Glaubens, FeministInnen und AntifaschistInnen. Für das gesamte Spektrum der Rechten ist »Political Correctness« ein rotes Tuch.

von Mark Braumeister

»Political Correctness«, abgekürzt PC, ist seit geraumer Zeit ein abwertender Begriff im politischen Diskurs. Mit »Political Correctness« in Verbindung gebracht werden etwa geschlechtssensible Sprache, Gleichstellungsmaßnahmen am Arbeitsplatz, Quotenregelungen, die Förderung einer stärkeren kulturellen Repräsentation von Frauen und Minderheiten sowie Versuche, verletzende Ausdrücke zu vermeiden. Damit einher geht die Unterstellung, politisch korrekte Personen machten sich gerne zu Kontrolleuren der Sprache und des Verhaltens anderer. »Political Correctness« wird in diesem Zusammenhang auch als eine Form der Zensur verstanden. Vom linksliberalen bis ins rechte Spektrum hinein, in der Medienlandschaft und im alltäglichen Sprachgebrauch werden AkteurInnen vor den vermeintlich totalitären Zügen gewarnt, die geeignet seien, die freie Meinungsäußerung zu beschneiden. Neuere Kritiken mutmaßen, ein »Zuviel« an PC habe der extremen Rechten Auftrieb geben. Die Bemühungen der BürgerInnenrechtsbewegung in den USA prägten in den 1970er Jahren den Begriff der »Political Correctness«. Er stand damals für das Eintreten für einen diskriminierungsfreien Sprachgebrauch sowie für eine sensible Sprachpolitik und machte den Zusammenhang von Sprache und Gewalt deutlich. Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre wurde PC von konservativen AutorInnen aufgegriffen, die eine angeblich linke Meinungsführerschaft an amerikanischen Universitäten anprangerten.

Deutung und Kampf

Eine ganz eigene Deutung ist der radikalen und extremen Rechten zu eigen. Die dominante Deutung von »Political Correctness«, ihrem Wesen und Anliegen, schreibt dieser eine klar strategische Funktion zu. Sie wird als Teil eines größer angelegten politischen Projektes angesehen, mit dem Ziel, abweichende Meinungen zu unterdrücken und eine linke kulturelle Hegemonie zu etablieren beziehungsweise aufrecht zu erhalten. In solchen Deutungen stellt »Political Correctness« eine Waffe dar, mit der eine linke Vorherrschaft in der öffentlichen Diskussion gesichert und rechte Positionen mundtot gemacht würden. Radikale und extreme Rechte verbinden mit ihrer Kritik die Überzeugung, dass vor allem politisch korrekte Sprachregelungen dazu führten, dass eine schweigende Mehrheit rechte Positionen nicht offen äußere. Der neurechte Denker Karlheinz Weißmann drückt dies wie folgt aus: »(D)ie Konservativen vertreten bestimmte Positionen, die von einem Großteil der Bevölkerung als richtig angesehen werden. Aber aufgrund bestimmter historischer Umstände gibt es massive Behinderungen, dem Geltung zu verschaffengroße (sic!) Begrenzungen durch die political correctness.« Nach diesem Verständnis sind die unter dem Sammelbegriff »Political Correctness« kritisierten Maßnahmen nicht etwa ein »über das Ziel Hinausschießen«, sondern der gezielte Versuch, eine politische Agenda durchzusetzen. Konsequenterweise bemühen sich AnhängerInnen der US-Amerikanischen »Alt-Right«-Bewegung bewusst darum, den Raum der gesellschaftlich akzeptierten Meinungen und Ideen zu erweitern. Extrem rechte Positionen sagbar zu machen und als Teil des politischen Mainstreams zu etablieren, ist für die »Alt-Right«-Bewegung Teil des Kampfes gegen »Cultural Marxism«, womit »Alt-Right« sämtliche Phänomene bezeichnet, die sie mit linken Bemühungen um die Erringung beziehungsweise Aufrechterhaltung einer vermeintlichen kulturellen Hegemonie verbindet. Dieser rechte Gramscianismus ist freilich kein Alleinstellungsmerkmal der »Alt-Right«. Alain de Benoist, der wohl bekannteste Denker der europäischen »Neuen Rechten«, meint in seinem 1985 erschienenen Buch »Kulturrevolution von Rechts«, Ziel rechter Kulturarbeit müsse es sein, »eine langsame Verschiebung der Mentalitäten von einem Wertesystem (…) auf ein anderes (zu) verursachen«. Legitimiert werden diese teils manipulativen Taktiken für die »Neue Rechte« dadurch, dass sie als Reaktion auf eine vermeintliche PC-Kultur erfolgen, in der Mehrheitswille und Wahrheit politischen Erwägungen geopfert würden.

Für die Rechte ist der Begriff attraktiv, weil er zwei weitere ideengeschichtliche Stränge aufgreift, die feste Bestandteile des rechten Denkens sind. Zum einen die Idee, dass moralische Postulate politische Waffen der ressentimentbeladenen Schwachen seien, die damit starke Individuen kontrollieren wollten. Diese Idee geht auf die »Genealogie der Moral« des Philosophen Friedrich Nietzsche zurück und hat sich zum festen Bestandteil rechter Moralkritik entwickelt. Zum anderen die Vorstellung, konstant in einem Abwehrkampf gegen mal diffusere, mal klar erkennbare Bedrohungen zu sein. Das Gefühl, die Eigengruppe sei stets Angriffen böser Mächte ausgeliefert, ist zentrales Motiv rechten Denkens. Folglich wird auch Politik in martialischen, kriegerischen Begriffen beschrieben: Das Manifest der »Identitären Bewegung« war eine »Kriegserklärung«, de Benoist übernimmt Gramscis Begriff des »Stellungskrieges« und die »Alt-Right« bekämpft »White Genocide«. Es ist die Wahrnehmung einer konstanten Bedrohung, aus der Rechte seit jeher die Notwendigkeit und die Legitimität ihrer Politik ableiten, auch wenn diese auf Gewaltanwendung zielt. Aggressives Vorgehen bis hin zum militärischen Angriff wird so zur reinen Verteidigung.

Praktische Funktion

Zudem erfüllt die Anti-PC-Rhetorik wichtige Funktionen in der politischen Agitation. Wer sich als KämpferIn gegen »Political Correctness« stilisiert, kann sich relativ schnell das Image eines »Bad Boy«, das heißt eines mutigen Rebellen, erwerben und sich mutig fühlen, ohne groß etwas zu riskieren. Ist die Ablehnung der »Political Correctness« doch gesellschaftlich derart weit verbreitet, dass sie selbst eine eigene Form politisch-kultureller Hegemonie darstellt. Wer sich hingegen zum Anwalt vermeintlich »politisch korrekter« Maßnahmen macht, wird bestenfalls als naiver Spießer angesehen, schlimmstenfalls als totalitärer Zensor. Diese Image-Funktion mag wie eine Marginalie wirken, sie ist jedoch in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen.

Da der Kampf gegen »Political Correctness« auf dem Feld der politischen Kultur stattfindet, kann er außerdem abgekoppelt von der



Eingangstür des Neonazi-Labels »PC-Records«

Tagespolitik und jenseits tatsächlicher Machtverhältnisse geführt werden. Im Jahr 13 einer CDU-geführten Regierung in Deutschland, im Jahr acht eines von den Konservativen regierten Großbritanniens und in den USA, wo die »Republikaner« drei Regierungsbranchen dominieren, stilisieren sich AktivistInnen immer noch als KämpferInnen gegen ein übermächtiges linkes Establishment. Kulturkämpfe, oder, wie sie im Englischen bezeichnet werden, »Culture Wars« enden nicht. Sie erlauben so eine stetige Mobilisierung und Agitation.

Schließlich lässt sich dieser Kampf zugleich als Kampf gegen Bevormundung und für Meinungsfreiheit darstellen. Deren essenzielle Bedeutung für den Bestand von Demokratien spiegelt sich schon in ihrem verfassungsmäßigen Schutz wider. Zugleich ist die Meinungsfreiheit so beliebt, dass auch erklärte GegnerInnen der Demokratie nur selten auf die Idee kommen, dieses Grundrecht offen anzugreifen. Wenn doch, wird das wichtige Gut der Meinungsfreiheit strategisch für ihre Politik eingesetzt. So werden tatsächliche wie auch nur vermeintliche Einschränkungen der eigenen Meinungsfreiheit genutzt, um das Vertrauen in die Demokratie zu unterminieren und die Bigotterie der liberalen Demokratie zu entlarven. Darüber hinaus wird »Political Correctness« als Zensur und Mittel der »Meinungsdiktatur« identifiziert, welche die freie Meinungsäußerung gefährde. So wird beispielsweise in Diskussionen um rassistische Äußerungen vom eigentlichen Inhalt der Diskussion abgelenkt und die Diskussion auf eine andere Ebene verschoben. Es geht dann nicht mehr um das konkret Gesagte, sondern darum, dass dieses doch wohl noch gesagt werden dürfe.

Anti-PC und die Folgen

Diese Diskussionsdynamik ist freilich nicht auf die Rechte beschränkt. Auch Liberale geraten häufig in jene reflexive Abwehrhaltung gegen »politisch korrekte« Kampagnen oder gegen »Political Correctness« im Allgemeinen. In den USA hat sich aus der Verteidigung der Meinungsfreiheit gegen vermeintliche Bedrohungen durch Political Correctness bereits ein veritabler Markt entwickelt. Der mittlerweile bei der eigenen Bewegung in Ungnade gefallene Milo Yiannopoulis machte den Kampf gegen PC zu seinem zentralen Thema. Aber auch KolumnistInnen der »New York Times« (NYT) kritisieren PC beispielsweise in ihren Artikeln über linke College-AktivistInnen und im NYT-Profil über das »Intellectual Dark Web«, eine Gruppe dezidiert politisch inkorrekter Intellektueller. »Turning Point USA« (TP USA), eine konservative Gruppe, die an US-amerikanischen Universitäten aktiv ist, hat den Kampf gegen »Political Correctness« und die angebliche linke Campus-Kultur in den USA zu einem ihrer Hauptbetätigungsfelder gemacht. Worin die behauptete Verteidigung der Meinungsfreiheit gegen PC resultiert, lässt sich am Aktivismus dieser Gruppe gut aufzeigen: Ende 2016 veröffentlichte TP USA eine Website mit dem Namen »Professors Watchlist«, auf der Studierende ProfessorInnen melden konnten, die sich als ‹linke Propagandisten› erwiesen hätten, oder die konservative Studierende diskriminierten. Das Denunziationstool zeigt exemplarisch, dass die Angst vor einer Einschränkung der eigenen Meinungsfreiheit nicht unbedingt mit einer prinzipiellen Verteidigung dieses Rechts einhergeht. Im Gegenteil – im Namen der Meinungsfreiheit werden so identifizierte vermeintliche VertreterInnen der »Political Correctness« eingeschüchtert. Die Behauptung, selbst der Meinungsfreiheit beraubt zu werden, erweist sich als Projektion dessen, was man anderen antun möchte. In Deutschland ist derzeit eine ganz eigene Version der »Professors Watchlist« geplant: So vermeldete die Fraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD) in der Hamburger Bürgerschaft am 28. Mai 2018, eine interaktive Plattform einrichten zu wollen, auf der SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen vertraulich Verstöße gegen das Neutralitätsgebot melden können. Grund für die Plattform sei die »politische Indoktrination gegen die AfD«. Der Kampf gegen die »Political Correctness« ist somit nicht der Kampf für eine freie Debatte, sondern der Kampf für die rechte Dominanz im politischen Diskurs.



Uwe Tellkamp 2008 bei der Verleihung des Deutschen Buchpreises

#Literatur

In Papiergewittern

von Lucius Teidelbaum

Im selbsternannten »Land der Dichter und Denker« äußern sich SchriftstellerInnen als Personen des öffentlichen Lebens immer wieder gern politisch. Spätestens mit den Auslassungen von Uwe Tellkamp über Flüchtlinge wurde in Erinnerung gerufen, dass es in seiner Zunft auch geistige Nachfahren von Ernst Jünger gibt.

Rechte Literatur und Literatur der Rechten

Die schreibende Zunft im Westen und in Deutschland gilt als eher linksliberal. Tatsächlich aber gibt es eine ganze Riege von SchriftstellerInnen, die gegen Emanzipation, demokratische Teilhabe aller und gesellschaftlichen Liberalismus anschreiben und den Zerfall alter Sitten anprangern. Bei der Betrachtung der (extremen) Rechten und Literatur ist es wichtig zu differenzieren. Einige ProtagonistInnen der extremen Rechten versuchen sich als SchriftstellerInnen, scheitern aber – meist auf Grund fehlender Qualität – im Mainstream. Dann gibt es SchriftstellerInnen, welche die Anerkennung und Wertschätzung des bürgerlichen Feuilletons besitzen und damit Einfluss auf den öffentlichen Diskurs nehmen. Auch hier gilt es genauer hinzuschauen. Einige gehören zum Typus des nach rechts radikalisierten Konservativen und geben entsprechende Statements in der Öffentlichkeit ab. Da sie angehört werden, besitzen sie Diskursmacht. Manche SchriftstellerInnen lassen schon länger eine reaktionäre und extrem rechte Einstellung erkennen. Oft finden sich auch in ihren Werken entsprechende Positionen.

Daran erinnern die Debatten über den Roman »Imperium« (2012) von Christian Kracht oder jüngst über Simon Strauß mit seinem Roman »Sieben Nächte« (2018). Martin Walser und Günther Grass wurden dafür kritisiert, in ihren Texten mit antisemitischen Klischees zu operieren, letztgenannter dafür, mit seiner Novelle »Im Krebsgang« das Thema Vertreibungen der ehemaligen Ostdeutschen zu entkontextualisieren, wobei er eher den Aufhänger für diese Debatte lieferte als den Grund.

Der hohe Stellenwert der Literatur in der extremen Rechten

Belletristik spielt in der akademisch geprägten »Neuen Rechten« eine wichtige Rolle. Die Kenntnis von Literatur gilt als kulturelles Kapital und dient als Brücke zum konservativen Teil des Bildungsbürgertums. So erschienen in extrem rechten Verlagen nicht nur Analysen, Polemiken oder Essays, sondern auch literarische Werke. Der »Verlag Antaios« von Götz Kubitschek verfügt mit der »Edition Nordost« seit 2013 sogar über eine eigene Literatur-Reihe. Die Wichtigkeit sympathisierender SchriftstellerInnen für die politische Rechte zeigt der Fall von Botho Strauß, dem laut einem »Antaios«-Buchtitel »Dichter der Gegen-Aufklärung«. Er veröffentlichte 1993 seinen Essay »Anschwellender Bocksgesang« im Magazin »Der Spiegel«. Darin heißt es unter

anderem: »Dass ein Volk sein Sittengesetz gegen andere behaupten will und dafür bereit ist, Blutopfer zu bringen, das verstehen wir nicht mehr und halten es in unserer liberal-libertären Selbstbezogenheit für falsch und verwerflich.«

Dieser Essay wurde von seinen Schriftstellerkollegen Heimo Schwilk und Ulrich Schacht als Impuls für den Sammelband »Die selbstbewusste Nation« genommen, der 1994 erschien. Auch das neu-rechte Magazin »Sezession« leitet seinen Namen aus diesem Essay ab und bezieht sich konkret auf folgende Stelle: »Man muß nur wählen können; das einzige, was man braucht, ist der Mut zur Sezession, zur Abkehr vom Mainstream.«

Im Oktober 2015 veröffentlichte Botho Strauß erneut im Magazin »Der Spiegel« eine Glosse mit dem Titel »Der letzte Deutsche«, die vor allem eine Untergangsstimmung befeuert.

Kulturpessimismus als gemeinsamer Nenner

Eine immer wiederkehrende Figur in der rechten Belletristik ist der Kulturpessimismus, häufig verbunden mit einem Pathos des Kampfes. Er äußert sich im Anstimmen des Spenglerschschen Klagelieds des Untergangs – wahlweise des Bürgertums, des Abendlandes, der Nation oder des Westens. Auf tatsächliche und scheinbare Veränderungen wird mit Abwehr und verklärter Rückschau auf die alten Zeiten reagiert. Doch nicht nur alte Zeiten werden so vergoldet, im Kontrast zur Stadt werden oft auch Landleben und Dorfgemeinschaften idealisiert. Eine nachvollziehbare Großstadtmüdigkeit ist häufig der Ausgangspunkt für einen Antiurbanismus, der die Moderne ablehnt. Er wird gekoppelt an eine Verachtung der Masse und eine allgemeine Unzufriedenheit konservativer Milieus und die Angst vor einem Privilegienverlust, der mit einer modernisierten und pluralistischen Gesellschaft einhergeht. Möglicherweise findet sich für den Rechtsruck bei einigen SchriftstellerInnen das Motiv auch in ihrer sozialen Verortung im klassischen Bildungsbürgertum. Als Angehörige dieses Standes sehen sie diesen und damit ihre Privilegien gefährdet. Einerseits ist in einer auf Effizienz und Gewinn ausgerichteten Welt klassische Bildung für eine Karriere nicht so relevant wie früher, andererseits ist das kulturelle Kapital in verschiedenen Bereichen noch enorm wichtig für den weiteren Lebenslauf. Dabei nehmen sich die rechten LiteratInnen häufig nicht als Rechte wahr, sondern eher als VertreterInnen des »gesunden Menschenverstandes« beziehungsweise der alten Sitten.

Doch auch hier gibt es Ausnahmen. Während SchriftstellerInnen wie der katholische Reaktionär Martin Mosebach, der Blasphemie verbieten lassen will, oder Sibylle Lewitscharoff, die in ihrer Dresdner Rede vom 2. März 2014 gegen künstliche Befruchtung wetterte, trotz mancher inhaltlicher Überschneidung bisher organisatorische Distanz zur »Alternative für Deutschland« (AfD) wahren, gilt das für andere nicht. Thor Kunkel wurde im Magazin »Der Spiegel« 2017 wie folgt beschrieben: »Manchmal klingt Kunkel wie ein NPD-Mann auf Speed.« Der 2011 in die Schweiz gezogene Schriftsteller gründete dort eine Werbeagentur, die er zur Landtagswahl in Berlin 2015 und zur Bundestagswahl 2017 in den Dienst der AfD stellte. Als Berater der Partei war er unter anderem auch verantwortlich für Plakate wie »Bikini statt Burka«.

»Charta 2017« und »Gemeinsame Erklärung 2018«

Nach antifaschistischen Protesten gegen den »Verlag Antaios« auf der Frankfurter Buchmesse im Herbst 2017, wurde kurz darauf in Dresden die »Charta 2017« veröffentlicht. Der kurze Text warnt vor einer »Gesinnungsdiktatur« und erklärt: »Die Erstunterzeichner der Charta 2017 wehren sich entschieden gegen jede ideologische Einflussnahme, mit der die Freiheit der Kunst beschnitten wird.« ErstunterzeichnerInnen waren 32 Kultur- und Kunstschaffende wie zum Beispiel der Dresdner Schriftsteller Uwe Tellkamp. In den folgenden Monaten unterzeichneten tausende weitere Personen die Charta online, die Resonanz blieb aber überschaubar.

Am 5. März 2018 folgte die »Gemeinsame Erklärung 2018«, die über 165.000 Unterschriften erzielte. Diese Erklärung war noch kürzer gehalten: »Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.« Es gab 35 ErstunterzeichnerInnen, von denen die neu-rechte Autorin Ellen Kositza aber schnell wieder gestrichen wurde. Offenbar sollte der Kontakt zu extrem rechten Zirkeln nicht zu offensichtlich sein.

Auch hier führte die Spur nach Dresden. Anfangs fungierte als Ansprechpartner der ErstunterzeichnerInnen Dr. Frank Böckelmann aus Dresden, Herausgeber des rechten Magazins »Tumult«, in dem Essays und Literatur veröffentlicht werden. Für Aufsehen sorgte auch einer der ErstunterzeichnerInnen kurz nach der Veröffentlichung. Bei einer Podiumsdiskussion zum Thema »Streitbar! Wie frei sind wir mit unseren Meinungen?« am 7. März 2018 im Dresdner Kulturpalast äußerte sich Uwe Tellkamp im Disput mit seinem Schriftstellerkollegen Durs Grünbein herablassend über Flüchtlinge: »Die meisten fliehen nicht vor Krieg und Verfolgung, sondern kommen her, um in die Sozialsysteme einzuwandern, über 95 Prozent.« Insgesamt war den InitiatorInnen eine Art Clou gelungen. Die Kürze des Aufrufs und sein scheinbar unabhängiger Charakter machten ihn zu einer Brücke von der extremen Rechten zum rechtskonservativen Bürgertum. Der Aufruf wurde massenhaft online verbreitet, obwohl es keine Online-Petition mit Open-Posting-Prinzip war. Die Unterzeichnungswilligen mussten die InitiatorInnen anmailen und tauchten dann mit Name und Berufsbezeichnung auf der eigens geschalteten Homepage auf. Die Sammlung von über 100.000 E-Mail-Adressen von konservativ bis extrem rechts eingestellten Personen ist eine politische Ressource, die nicht unterschätzt werden sollte.

Vereinigungen rechter SchriftstellerInnen

Rechte SchriftstellerInnen organisieren sich auch in eigenen Organisationen. Relativ eindeutig ist die politische Verortung beim 1957 gegründeten »Arbeitskreis für deutsche Dichtung e. V.« (AfdD). Entstanden im Bereich der Bündischen, diente er der Sammlung extrem rechter SchriftstellerInnen. »Ehrenvorsitzender auf Lebenszeit« war Moritz Jahn aus Göttingen, der 1941 als Teilnehmer am nationalsozialistischen »Europäischen Dichtertreffen« eine Rede hielt. Im AfdD sammeln sich einschlägig Bekannte. Erster Vorsitzender ist der 1961 geborene Uwe Lammla aus dem thüringischen Neustadt an der Orla. Als Geschäftsführer und Kassenwart fungiert Reiner Niehus aus Lemgo, Beiratsmitglied in der »Agnes-Miegel-Gesellschaft« und Mitglied im »Arbeits- und Forschungskreis Walter Machalett«. Zweiter Vorsitzender ist Sebastian Hennig aus Radebeul, Autor des Buchs »PEGIDA. Spaziergänge über den Horizont: Eine Chronik«, das 2015 im Verlag »Arnshaugk« erschien. Bei ihren Jahrestagungen traten bekannte Figuren der extremen Rechten wie Walter Marinovic, Dr. Baal Müller, Dr. Björn Clemens oder Martin Lichtmesz auf. Das Treffen 2017 wurde im »Hufhaus« in Nordthüringen abgehalten. Hier treffen sich ansonsten vor allem neonazistische Rechte. Der bereits erwähnte thüringische Verlag »Arnshaugk« wird wiederum vom AfdD-Vorsitzenden Lammla geleitet und beschreibt sich selbst als »Hort Deutscher Dichtung«. In ihm erscheint »Das Lindenblatt«, eine Literaturzeitschrift, die auf Initiative des »Freien Deutschen Autorenverbandes« (FDA) in



Bündnis »Solidarität statt Hetze« – Proteste gegen den Parteitag der AfD in Köln 2017

Thüringen gegründet wurde und weiterhin »vereinsnah« ist. Kein Zufall, denn Lammla war auch Vorsitzender des FDA-Landesverbandes in Thüringen. Der FDA wurde 1973 von PublizistInnen gegründet, die nicht vom »Verband Deutscher Schriftsteller« in die »Industriegewerkschaft Druck und Papier« übertraten. Zu den Gründungsmitgliedern des FDA gehörten auch mehrere SchriftstellerInnen, die in der NS-Zeit Karriere gemacht hatten. Etwa Hermann Claudius, der 1933 das Treuegelöbnis unterzeichnete, das 88 deutsche Schriftsteller durch ihre Unterschrift »dem Reichskanzler Adolf Hitler« gegenüber ablegten.

Von 1994 bis 1998 fungierte Bernd Kallina, Mitglied der extrem rechten »Burschenschaft Danubia München«, als FDA-Pressesprecher. Sonderbeauftragter für Projektmanagement war Siegmar Faust, der ab 1996 sächsischer Stasi-Beauftragter war und von 1987 bis 1990 Chefredakteur der von der rechtslastigen Organisation »Internationale Gesellschaft für Menschenrechte« (IGFM) herausgegebenen Zeitschrift »DDR heute« sowie Mitherausgeber der Zeitschrift des Brüsewitz-Zentrums »Christen drüben«. Derzeit ist er Geschäftsführer des »Menschenrechtszentrums Cottbus e. V.«. Unlängst trennte sich sogar die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen von Faust, weil er den Holocaustleugner Horst Mahler verteidigte.

LiteratInnen als TüröffnerInnen nach rechts

Um an das rechte Bildungsbürgertum anzudocken, startete unlängst das Online-Filmformat »Aufgeblättert. Zugeschlagen – mit Rechten lesen« der Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen zusammen mit Ellen Kositza, Redakteurin der neu-rechten »Sezession«. Dagen gehört zum Kuratorium der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« und betreibt das Buchhaus Loschwitz in Dresden, in dem seit Anfang 2016 Lesungen mit rechten AutorInnen stattfinden. Beim gemeinsamen Format dürfte ihnen helfen, dass Frauen von vielen als weniger gefährlich und häufig als unpolitischer wahrgenommen werden als Männer. Dass die Liebe zur Literatur ein Ausweis für Aufgeklärtheit ist, darf getrost als Mythos angesehen werden. Rechte LiteratInnen, die im Bürgertum bekannt sind, können als Türöffner für AfD und Co. fungieren. Dabei gibt es in der Literatur durchaus Gegenkräfte, nämlich der Menschlichkeit und der Aufgeklärtheit verpflichtete SchriftstellerInnen, die ihre KollegInnen und deren BündnispartnerInnen heftig kritisieren. Doch die liberalen und linken SchriftstellerInnen, die den »Antaios«-Stand auf den Buchmessen in Leipzig und Frankfurt kritisierten, scheiterten häufig in ihrer Kritik, die eher moralisierend auftrat und der es an guter Analyse und Sachwissen fehlte.

Sie wussten wenig über die Bücher im Angebot dieses Verlags und konnten ihn nur schlecht inhaltlich einordnen. Dabei wären Kubitschek und Co. eine Verteidigung unter dem Banner der Meinungsfreiheit schwerer gefallen, wenn aus einigen bei »Antaios« erschienenen Werken konkret zitiert worden wäre. Die vulgären Tiraden von Akif Pirinçci oder die pathetisch-dumpfen Appelle Jack Donovans sind alles andere als Ausdruck einer literarischen ‹Hochkultur›. Oder man hätte erwähnen können, dass im Verlag »Wer gegen uns?«, die deutsche Übersetzung eines autobiografisch geprägten Romans von Domenico Di Tullio, des Strafverteidigers von »Casa Pound«, erschienen ist. Der Vorwurf der Nähe zum Faschismus lässt sich damit durchaus belegen.

Zu den bekannten rechten SchriftstellerInnen wie Ulrich Schacht, Heimo Schwilk, Siegmar Faust, Michael Klonovsky oder Botho Strauß sind neue Namen wie Uwe Tellkamp, Godehard Schramm oder Monika Maron dazu gekommen. Der Rechtsruck ist offenbar auch unter LiteratInnen angekommen und die Legende von den guten und linken Kulturschaffenden und Intellektuellen wurde somit erneut widerlegt.

Neonazi erneut im Gefängnis

Nürnberg. Der Neonazi und Holocaust-Leugner Gerhard Ittner ist am 12. Mai 2018 in Rheinland-Pfalz festgenommen worden. Seit April diesen Jahres lag ein Vollstreckungsbefehl vor, weil er seine Resthaft nicht freiwillig angetreten und sich dem Zugriff der Behörden entzogen hatte. Ittner war bereits 2015 wegen Volksverhetzung und »Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole« verurteilt worden. Weil er aber zuvor schon in Untersuchungshaft gesessen hatte, wurde er vor der Urteilsverkündung auf freien Fuß gesetzt. Erst 2017 wurde das damalige Urteil rechtskräftig. Die Nürnberger Justiz ermittelt aktuell erneut gegen Ittner, da seine Schreiben an die Justiz womöglich volksverhetzende Äußerungen enthielten.

»Fans« in Ku-Klux-Klan-Verkleidung

Cottbus. Extrem rechte Fußballfans des Vereins Energie Cottbus haben am 27. Mai 2018 mit weißen Kapuzen im Stil des rassistischen »Ku-Klux-Klan«, Bengalos und einem Banner mit der Aufschrift »Aufstieg des Bösen« in der Cottbuser Innenstadt posiert. Polizeibeamte, die die Neonazis beobachtet hatten, schritten nicht ein, da sie die Vermummung nicht in Zusammenhang mit der rassistischen Organisation gebracht hätten. Erst Bilder in sozialen Netzwerken und Medienberichte machten die Behörden auf den Vorfall aufmerksam. Inzwischen ermitteln Staatsanwaltschaft und der Staatsschutz der Polizei wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Gegen mehrere PolizistInnen wird derzeit wegen Verdachts der Strafvereitelung ermittelt. Im Januar 2017 waren etwa 100 vermummte Neonazis mit Fackeln über den Altmarkt marschiert, ohne dass die Polizei eingriff. Einige Gruppen und Personen der Fanszene von Energie Cottbus sind seit längerer Zeit eng mit Neonazi-Strukturen verbunden und fielen immer wieder durch extrem rechte, rassistische und antisemitische Straf- und Gewalttaten auf.

Familien im Visier

Döbeln, Chemnitz. Am 3. Juni 2018 hat die extrem rechte Kampagne »Jugend packt an« der »Jungen Nationalisten« (JN) ein »Kinder- und Familienfest« mit Hüpfburg und Gewinnspielen in Döbeln ausgerichtet. Schirmherr war der NPD-Kreisrat Stefan Trautmann. Anwesend waren nicht nur Familien, sondern auch lokale NPD-Politiker und Angehörige der Neonazi-Szene. »Jugend packt an« hatte in Döbeln schon mehrfach Aktionen wie die Säuberung öffentlicher Grünflächen initiiert. Am gleichen Tag verteilten AktivistInnen von »Der III. Weg« auf einem Familienfest in Chemnitz Werbeartikel und sammelten Unterschriften für die Teilnahme an der Europawahl. Die Veranstalterin des Familienfestes ließ die Neonazis vom Gelände entfernen. Auf der Internetseite der Regionalgruppe von »Der III. Weg« wurden weitere Aktionen dieser Art angekündigt.

RechtsRock-Event in Themar

Themar. Zu einem RechtsRock-Festival in der südthüringischen Stadt Themar kamen am 9. Juni 2018 über 2200 BesucherInnen. Sie reisten aus dem gesamten Bundesgebiet sowie Frankreich, Italien, Kroatien, Norwegen, Polen, Tschechien und Russland an. Veranstaltet wurde das in diesem Jahr bislang größte Festival von Sebastian Schmidtke (NPD). Das musikalische Programm bestritten unter anderem die RechtsRock-Bands »Die Lunikoff Verschwörung«, »Kategorie C« und der Liedermacher Frank Rennick. Einige Auftritte wie der der Band »Brutal Attack« aus dem britischen »Blood&Honour«-Netzwerk mussten abgebrochen werden, da verbotene Lieder gespielt wurden. Redebeiträge gab es von Dieter Riefling und Udo Voigt (NPD). Während der Veranstaltung wurden 84 Anzeigen gegen rechte KonzertbesucherInnen gestellt, unter anderem wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung, Verstößen gegen das Betäubungsmittel- und das Versammlungsgesetz sowie Körperverletzung. Der Versuch, das als politische Versammlung angemeldete Event im Vorfeld zu verbieten, war gescheitert. Das Oberverwaltungsgericht in Weimar hatte ein Verbot des RechtsRock-Konzerts abgelehnt, der Landkreis Hildburghausen hatte als Grund den Schutz seltener Vogelarten auf dem Festivalgelände angeführt. Auch ein gefordertes Alkoholverbot sowie eine Beschränkung der BesucherInnenzahl lehnte das Gericht ab. 2017 kamen etwa 6.000 Neonazis nach Themar, viele von ihnen zeigten den »Hitlergruß«, ohne dass die Polizei einschritt. Mehrere hundert Menschen protestierten gegen das Neonazi-Event.

Keine Tötungsabsicht

Altena. Das Landgericht Hagen hat am 11. Juni 2018 den Mann, der im November 2017 den Altenaer Bürgermeister mit einem Messer angegriffen hatte, zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe wegen Körperverletzung und Bedrohung verurteilt. Gutachter bestätigten, dass zwar eine »abstrakte«, aber keine konkrete Lebensgefahr bestanden hatte. Zuvor war der Haftbefehl aufgehoben worden, da die Kammer keinen hinreichenden Verdacht für ein versuchtes Tötungsdelikt sah. Laut Aussagen des Betroffenen hatte der Täter »Ich steche Dich ab. Du lässt mich verdursten, aber holst 200 Ausländer in die Stadt.« gerufen und erst von ihm abgelassen, als ihm die Betreiber des Dönerimbiss, in dem es zu dem Angriff kam, zu Hilfe eilten. Der Täter hatte sich entschuldigt und einen fremdenfeindlichen Hintergrund bestritten.

Rechte Immobilie enteignet

Oberprex. Das Verwaltungsgericht Bayreuth hat entschieden, dass die Enteignung eines früheren Neonazi-Treffpunktes rechtmäßig war. Das Gericht begründete, die Eigentümerin habe die verfassungswidrigen Aktivitäten gefördert, indem sie das Haus zur Verfügung gestellt habe. Die ehemalige Eigentümerin hatte auf Rückgabe geklagt, da sie politisch nicht interessiert sei. Sie hatte das frühere Gasthaus an ihren Sohn Tony Gentsch vermietet, der einer der führenden Köpfe der 2014 verbotenen Kameradschaft »Freies Netz Süd« war. Zusammen mit dem Neonazi Matthias Fischer hatte er in den Räumlichkeiten einen Versandhandel für NS-Devotionalien betrieben. Auch Schulungen und Treffen wie der »III. Tag der Deutsch-Böhmischen Freundschaft« fanden in dem Haus statt, vor und nach den »Heß-Gedenkmärschen« in Wunsiedel versammelten sich Neonazis in der zum »Nationalen Zentrum Hochfranken« erklärten Immobilie. Gentsch lebt inzwischen in Sachsen und ist bei »Der III. Weg« aktiv.

#NeueRechte

Hauptfeind Liberalismus

Ein Porträt des Publizisten und Juristen Thor von Waldstein

von Richard Gebhardt

Zu den zentralen Ideologieelementen der »Neuen Rechten« gehört die Kritik, präziser: die Verachtung des als »dekadent« geschmähten »Liberalismus«. »An Liberalismus gehen die Völker zugrunde«, hieß es Anfang der 1920er Jahre bei Arthur Moeller van den Bruck, einem der Hauptautoren der von Armin Mohler eher erfundenen denn bibliographisch-chronologisch erfassten Tradition der »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik. »Gegen die Liberalen« war ein Schlachtruf Mohlers, der bis heute stilbildend ist. Denn auch die jüngeren Autoren der »Neuen Rechten«, die nicht – wie Mohler – im deutschen Faschismus, sondern in der Bundesrepublik Deutschland geprägt wurden, stimmen leidenschaftlich die Klage über die Zersetzungskräfte des Liberalismus an.

»Liberalistische Lagevergessenheit«

Ein wichtiger Vertreter unter diesen Autoren ist der Rechtsanwalt und ehemalige NPD-Vordenker Thor von Waldstein. Seine politischen Schriften, die 2017 unter dem Titel »Die entfesselte Freiheit. Vorträge und Aufsätze wider die liberalistische Lagevergessenheit« bei »Antaios«, dem Verlag des »Instituts für Staatspolitik« (IfS), in einer Auswahl herausgeben wurden, beinhalten vollmundige Verdikte gegen die »politischen Krebsgeschwüre der Bundesrepublik«. Die »politischen Krankheiten des Liberalismus« geißelt der 1959 in Mannheim geborene von Waldstein ebenso häufig wie den »pervertierten Freiheitsbegriff« des »liberalen Systems«. In seinen oftmals gespreizt wirkenden Polemiken bemüht sich von Waldstein stets um zugespitzte Formulierungen, die dem »liberalistischen Virus« den Kampf ansagen. Sein Credo lautet: »Wer nicht in der Lage ist, den Hauptfeind, den die europäischen Völker zersetzenden Liberalismus, zu erkennen und alles zu tun, was diesen schwächt, der sollte sich besser aus der Sphäre des Politischen heraushalten«.

Thor von Waldstein ist ein führender Kopf der »Neuen Rechten« in der Bundesrepublik. Nachdem Karlheinz Weißmann im Verlauf der Strategiedebatte des IfS dem von ihm zusammen mit Götz Kubitschek mitbegründeten Institut und dessen Zeitschrift »Sezession« 2014 den Rücken kehrte, nahm von Waldstein Weißmanns Stellung als Ideologielieferant und Stichwortgeber ein. Auf dem »2. Staatspolitischen Kongress« des IfS referierte er im Juni 2015 beispielsweise über »Metapolitik und Parteienpolitik«. Der Vortrag erschien 2015 bei »Antaios« unter dem Titel »Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion« als Büchlein in der Reihe »kaplaken«. Hier beschreibt von Waldstein auch seine frühe Faszination für die französische »Nouvelle Droite« um Alain de Benoist. Schon als Vorsitzender des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes« (NHB), den von Waldstein von 1979 bis 1982 leitete, legte er den Fokus auf die Theoriearbeit. Im IfS kann er diese vor allem als Grundsatzredner zu Themen wie »Macht und Öffentlichkeit« oder »Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?« weiter entfalten. Für das IfS verfasste er zudem die Broschüre »Wir Deutsche sind das Volk«, in der er das »politische Widerstandsrecht der Deutschen nach Artikel 20 IV Grundgesetz« gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in Stellung bringen will.

»Wer nicht in der Lage ist, den Hauptfeind, den die europäischen Völker zersetzenden Liberalismus, zu erkennen und alles zu tun, was diesen schwächt, der sollte sich besser aus der Sphäre des Politischen heraushalten«.

Thor von Waldstein

Das bundesrepublikanische Interregnum

In der breiten Öffentlichkeit ist von Waldstein nahezu unbekannt. Seine frühen Schriften wie »Der kranke Mann vom Rhein« erschienen 1984 noch in Kleinstauflage. Doch obwohl ihm bislang noch kein einfühlsames Porträt in den Medien gewidmet wurde, konnte sich von Waldstein nach Jahrzehnten reger Tätigkeit unter anderem in der NPD als einer der maßgeblichen Köpfe im Umfeld des IfS etablieren. Er liefert die Stichworte auch für jene politischen Kräfte, die in der »Alternative für Deutschland« (AfD) auf »Fundamentalopposition« setzen. Weißmann hatte in den Diskussionen innerhalb des IfS im Jahre 2013 mit Nachdruck für die Tugend der »Geduld« geworben und Ende 2015 im Interview mit der Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) vor einer Verkümmerung der AfD zur »Lega Ost« gewarnt. Weißmann, nach wie vor einer der Hauptautoren der JF und inzwischen mitverantwortlich für das »konservative« Edelmagazin »Cato«, wirbt in seinen strategischen Überlegungen für einen Kurs, der mittelfristig auf die Regierungsfähigkeit der AfD setzt. Ein solcherart staatstragender Tonfall ist von Waldstein fremd. Im Interview mit »Sezession im Netz« entwickelt er im Dezember 2015 eine Kritik der bundesrepublikanischen Verhältnisse, in der er den »Bundesbürger« vom »Deutschen« abgrenzt. So lebe ersterer »im durchaus richtigen Staat«, während »der Deutsche, der sich dem Gedächtnis seiner Ahnen und der Zukunft seiner Kinder und Enkel mehr verbunden fühlt als den Eintagsfliegenwellnessbefindlichkeiten vieler seiner Zeitgenossen« im »falschen Staat« lebe. Entscheidend sei die Aufgabe, »den Bundesbürger – in einer Art politischer Geschlechtsumwandlung – wieder zu einem Deutschen rückzumendeln«. Hier scheint das von Mohler geprägte Motiv des »Interregnums« auf – die Bundesrepublik gilt dieser Tradition der »Neuen Rechten« als bloße »Zwischenherrschaft«, die zudem – O-Ton von Waldstein – von den Alliierten aus »Trizonesien« verordnet wurde.

Alte und neue Rechte

Publizistisch ist von Waldstein, der 1984 für die NPD zu den Europawahlen kandidierte, seit Jahrzehnten tätig. Vorträge bei der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP) finden sich ebenso in seiner Vita wie eine rege Autorenschaft für Periodika wie »Staatsbriefe«, »Nation und Europa«, »Junge Freiheit« (JF) oder »Sezession«. Von Waldstein, der die NPD heute einen »Politzombie« nennt, der als von V-Leuten durchsetzter nützlicher Idiot durch das deutsche Parteiensystem geistert, ist ein Vermittler zwischen der alten und der neuen Rechten.
Von Waldsteins wichtigster Referenzautor bleibt Carl Schmitt. 1992 formulierte er in der JF Zeilen, ganz im Sinne seines großen Meisters: »Wer mit dem Grundgesetz unter dem Kopfkissen schläft, braucht Carl Schmitt nicht. Wer jedoch erkannt hat, daß die Verfassung das Gefängnis ist, in dem die res publica der Deutschen – gerade auch nach der kleinen Wiedervereinigung – gefangen gehalten wird, greift gerade jetzt zu seinen Werken.« Die Verfassung als »Gefängnis« der Deutschen, deren öffentliche Ordnung (»res publica«) maßgeblich auf dem 1949 eingeführten Grundgesetz beruht? Das ist eine eigentümliche Haltung für einen Juristen, der sich heute auf das »Widerstandsrecht« eben jenes verschmähten Grundgesetzes beruft.

»Metapolitische Hausaufgaben«

»Metapolitik« beginnt mit einer Reminiszenz des Autors an den sozialdemokratischen Wahlkampf 1972. Für den Wahlsieg Willy Brandts sei seinerzeit vor allem ein »Lebensgefühl der Linken« mit einer »kulturellen Magnetwirkung« entscheidend gewesen. Schon zu seinen NPD-Zeiten bildet von Waldstein nach eigener Auskunft jene Einsicht heraus, die als Grundkanon der »Neuen Rechten« gilt: Wer »politisch verändern wolle, müsse zunächst diese kulturelle Zitatelle erobern«. Lange bevor die NPD in den Neunzigern mit ihrem »Säulenkonzept« die »Schlacht um die Köpfe« ausgerufen hat, arbeitete von Waldstein schon zu den französischen Vorbildern wie de Benoist und anderen Apologeten einer »Kulturrevolution von rechts«.

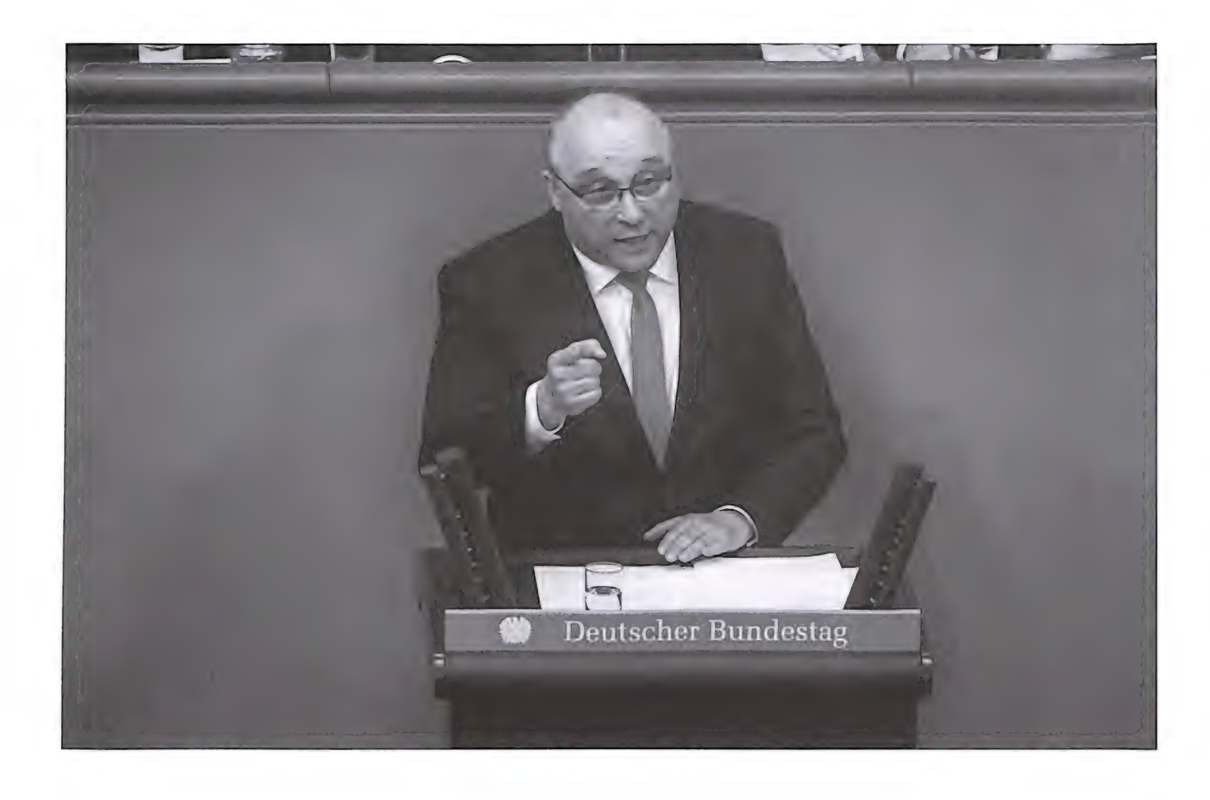
»Ende der Distanzeritis«

Zentral für von Waldstein ist die alle Schattierungen der Rechten einigende Feinderklärung gegen den »großen Austausch«. Die bedeutsamste Frage sei somit, ob »die Deutschen und die anderen europäischen Völker, die diesen Kontinent einst zu einer einsamen Kulturblüte geführt haben, das ihnen zugedachte Schicksal, spätestens zur Mitte des 21. Jahrhunderts zur Minderheit im eigenen Land zu werden und am Ende des Jahrhunderts endgültig zu verschwinden, abwenden oder nicht abwenden«. Dass von Waldstein in diesem Bild von der europäischen und deutschen »Kulturblüte« jedweden Verweis auf die Verbrechen des Kolonialismus unterlässt, überrascht nicht. Und dass der Dreißigjährige Krieg, die Schlacht bei Jena und Auerstedt oder Verdun dieses schöngefärbte deutsche Geschichtsbild auch ohne jeden »volksaufklärerischen« Verweis auf den NS-Staat trüben, kümmert da wenig. Von Waldsteins »metapolitischer« Kurs wirkt wie eine Blaupause für den Höcke-Flügel der AfD. Schlagwortartig plädiert er für den »Mut zur Setzung eigener Themen«, den »Mut zur Provokation« und ein »Ende der Distanzeritis« – gemeint ist hier eine Absage an jede Distanzierung auch vom Neonazismus. All dies wurde bislang von den völkischen Strömungen in der Partei beherzigt. Die Partei müsse ihren »Glutkern« bewahren, gab von Waldstein der AfD auf den Weg.

Rechter Antikapitalismus

Neben strategischen Stichworten bietet von Waldstein den völkischen SozialpopulistInnen in der AfD Grundlagen zur Kapitalismuskritik von rechts. In der maßgeblich von Benedikt Kaiser – ein zentraler Protagonist neu-rechter Kapitalismuskritik – lektorierten Auswahl von Schriften »Die entfesselte Freiheit« findet sich deshalb auch ein mit aktuellen Anmerkungen versehener Wiederabdruck der »Thesen zum Kapitalismus«, die 1998 in Hans-Dietrich Sanders »Staatsbriefen« erschienen und die von »Nation und Europa« bis hin zur JF breit diskutiert wurden. Hier will von Waldstein die »Position des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas herausbrechen« und verkündet: »Entweder es kommen endlich die ‹linken Leute von rechts›, oder es kommen überhaupt keine Leute von rechts«. Während aber die verfassungspolitischen Auslassungen des Autors beispielsweise über die Auflösung des ethnischen Volksbegriffs in der Karlsruher Rechtsprechung noch von fachlicher Expertise zeugen, bietet von Waldstein hier hochtrabende Banalitäten wie »Der Kapitalismus lebt vom Primat des Wirtschaftlichen über das Politische«. Sein Fluchtpunkt richtet sich auf die »Völker«, die dem »Diktat der Global Players« Paroli bieten wollen, so sie nicht so enden wollen wie die »seit über 45 Jahren schwindenden Restinkas zwischen Rhein und Oder«. Seine Hoffnung auf die »linken Leute« trügt: Zwar versammelt die extreme und neue deutsche Rechte mit Horst Mahler, Bernd Rabehl, Günter Maschke oder Reinhold Oberlercher prominente Renegaten der Studentenrevolte von '68 in ihren Reihen – doch in der Gegenwart bleiben wirklich spektakuläre links-rechts-Rochaden bislang die Ausnahme. Wer in der »Identitären Bewegung« oder im Umfeld des IfS über Kapitalismuskritik diskutiert, gehört in den seltensten Fällen zu den »linken Leute von rechts«. Dieses Milieu rekrutiert sich eher aus den rechten Leute von ganz weit rechts – also aus AktivistInnen, die dem deutschen und österreichischen Neonazismus entstammen. Von Waldsteins deklaratorische Sätze wie »Die multikulturelle Zumutung geht zurück auf die Interessen des Kapitals«, lesen sich denn auch, als seien sie aus einem Pamphlet der »Autonomen Nationalisten« (AN). So steht der neue Vordenker des IfS exemplarisch für die sehr alten Traditionslinien der »Neuen Rechten«.

Eine Langfassung dieses Artikels ist auf www.der-rechte-rand.de veröffentlicht.



»Mit der AfD ist eine Kraft in diesem Land aufgewacht, die weder Sie noch irgendein anderer aufhalten kann.«

Jens Maier, AfD-Abgeordneter des deutschen Bundestags

#AfDimBundestag

Zwischenbilanz

von Gerd Wiegel

»Mit der AfD ist eine Kraft in diesem Land aufgewacht, die weder Sie noch irgendein anderer aufhalten kann.« Mit diesen Worten im Bundestag brachte der Abgeordnete der »Alternative für Deutschland« (AfD) Jens Maier das ganze Selbstbewusstsein der AfD-Bundestagsfraktion zum Ausdruck, die sich angesichts der Krise der Regierung Merkel nahe an einem wichtigen Etappenziel auf dem Weg zur Macht(-beteiligung) sieht. »Merkel muss weg!« war 2017 der zentrale Schlachtruf der AfD-Wahlkampagne und mit der offenen Kampfansage durch die CSU sieht sich die AfD diesem Ziel ein gutes Stück nähergekommen.

Neun Monate nach dem Start der Bundestagsfraktion und mit Beginn der Sommerpause des Parlaments muss konstatiert werden, dass die AfD-Fraktion die Mittel der Bundestagsbühne in ihrem Sinne nutzt und keineswegs schon vom Parlamentsbetrieb zerschlissen wurde. Woche für Woche trägt die Fraktion ihre Themen ins Plenum und macht die Flüchtlingspolitik zum zentralen Dreh- und Angelpunkt der deutschen Politik – tatkräftig unterstützt von der CSU und auch der FDP, die sich bei einigen Themen in einen Überbietungswettbewerb mit der AfD begeben haben. Die Inszenierung als Außenseiterin und Tabubrecherin, die GegnerInnenschaft zu den »Altparteien« oder »denen, die schon länger hier sitzen«, wie es von der AfD oft heißt, ist die zentrale Inszenierung der AfD-Fraktion. Opferrolle und Außenseiterstellung dienen der Fraktion vor ihren WählerInnen als Legitimierung des Mitspielens auf der parlamentarischen Bühne. Die zentrale Bühne stellt dabei das Plenum des Bundestags dar: Während die AfD-Abgeordneten die Ausschussarbeit eher sachlich und unauffällig betreiben, sucht man im Plenum immer wieder nach Möglichkeiten der Provokation. Die Reaktionen der anderen Fraktionen sind disparat: Häufig werden Beiträge der AfD bewusst ignoriert, um ihre Themen durch Beachtung nicht noch zu doppeln. Selten gibt es Formen des Dagegenhaltens, die aufhorchen lassen und die AfD in die Defensive bringen.

Zentrales Thema: Gegen Migration

Die Verbindung von antimuslimischem Rassismus und Kriminalitätsangst ist zentrales Thema der AfD-Aktivitäten im Bundestag. Von 246 Kleinen Anfragen bis Mitte Juni 2018 kamen allein 80 aus den beiden Bereichen Innenpolitik/Kriminalität (32) und Flucht/Migration/Zuwanderung (48). Alle politischen Themen werden von der AfD mit dem Thema Flucht/Migration in Zusammenhang gebracht – ob es sich um Arbeitsmarktthemen, Mietpreise oder Bildungspolitik handelt. Im Mittelpunkt steht immer die Behauptung einer allgegenwärtigen und täglich steigenden Bedrohung durch kriminelle Flüchtlinge. Geflüchtete Menschen werden von den AfD-Abgeordneten in ihren Reden fast durchweg als Betrüger, Gewalttäter, Vergewaltiger und Mörder dargestellt, wobei es durchweg um die Verächtlichmachung ganzer Gruppen geht, womit die Geflüchteten nicht mehr als Individuen, sondern als bedrohliche Masse erscheinen. Beim Abgeordneten Gottfried Curio, dem bisher schlimmsten Hetzer der Fraktion, hört sich das so an: »Wer illegal die Grenze übertritt, ist Betrüger; wer ohne Papiere

kommt, will das deutsche Volk betrügen. Dieser Betrug ist Raub, ist Gewalt, ist Kriminalität. Und wer Leute ohne Papiere reinlässt, leistet Beihilfe, ist Mittäter. (...) Da wird ein Millionenheer archaisch geprägter junger Männer ins Land gelassen, denen Frauen als Schlampen und Übergriffsobjekte gelten, wenn sie sich nicht der islamischen Unterdrückungskultur anbequemen. Gelernte Frauenverachtung aber ist programmierter Frauenmord.« Curio, aber auch viele andere RednerInnen der AfD appellieren vor allem an Emotionen und Vorurteile ihrer ZuhörerInnen und wollen vorhandene Bedrohungsgefühle ins Unermessliche steigern. Noch einmal Curio: »Statt Ausweisung also jetzt Papa Gefährder, Mama Gefährder und die Gefährderbambini. Diese Kleinen gehen natürlich zum staatlichen Werteunterricht und hinterher zu Papas Enthauptungsunterricht. Die GroKo hat ein Programm zur Terroristennachwuchsförderung. Sicherheit der Bürger war gestern. Vorrang jetzt: Wohlergehen von Gefährdern.«

Kriminalisierungsversuch

Neben diesen Formen der Entmenschlichung ist die AfD auch um eine Kriminalisierung des politischen Gegners bemüht und knüpft damit an autoritäre Formen der politischen Auseinandersetzung an, wie sie für die völkische Rechte der Weimarer Republik typisch waren. Wegen ihrer Flüchtlingspolitik gehöre Merkel nicht auf die Regierungs-, sondern auf die Anklagebank, so wird es von verschiedenen Abgeordneten der AfD immer wieder formuliert. Als »Kanzlerin der Ausländer« (Gottfried Curio) oder »Kanzlerdarstellerin« (Thomas Seitz) wird Merkel bezeichnet; »Verrat an den Interessen Deutschlands« (Stefan Kotré) wird den anderen Fraktionen vorgeworfen; vom »macronistischen Verrat an deutschen Arbeitnehmerinteressen« schwadroniert mit Blick auf Frankreich der Abgeordnete Harald Weyel. Häufigeres und auch wesentlich angreifbareres Ziel der AfD-Attacken sind jedoch zivilgesellschaftliche Projekte und Vereine, die sich gegen Rassismus und die extreme Rechte engagieren. Hier versucht die Bundestagsfraktion der AfD mittels Anfragen und Anträgen, Träger und einzelne Personen als »Linksextremisten« darzustellen und die staatliche finanzielle Unterstützung zu beenden. Ziel ist die Kriminalisierung aller vernehmbaren Gegenstimmen zur AfD. Im Antrag der Bundestagsfraktion zur Wiedereinführung der sogenannten »Extremismusklausel«, mit der die Projekte gegen Rechts von der früheren konservativen Familienministerin Kristina Schröder (CDU) unter Extremismusverdacht gestellt wurden, heißt es: »Kein auch noch so ehrenwert klingender Zweck, welchen Extremisten stets vorgeben zu verfolgen, kann die rechtswidrigen Mittel, die sie anwenden, legitimieren. Methoden wie beispielsweise Einschüchterung, Gewalt und Terror müssen von allen Demokraten ohne Wenn und Aber geächtet – und nicht gefördert – werden.« Hier soll der Eindruck entstehen, über die vom Staat geförderten Projekte würden »Einschüchterung, Gewalt und Terror« gefördert.

Kulturkampf

Der Kampf gegen ein herbeiphantasiertes linkes Meinungskartell in der Bundesrepublik ist ein anderer wichtiger Strang der AfD-Politik im Bundestag. Marc Jongen, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion, ist hier ein wichtiger Akteur: Gleichstellungsprogramme, Gender Mainstreaming, Minderheitenrechte – all das wird von der AfD als Ausdruck linksliberaler Manipulation angegriffen. Im Kulturbereich sieht Jongen »kulturelle Schadprogramme«, »die einzig und allein dem Zweck dienen, Kunst und Kultur auf globalistische, migrations- und EU-euphorische Linie zu bringen«, während auf den Theaterbühnen ein »paranoider Kampf gegen rechts« geführt werde. Mit dem Gender Mainstreaming werde der »Geschlechterkampf in unseren Bildungseinrichtungen und Behörden staatlich verordnet und auf Dauer eingestellt. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern wurde damit einer permanenten unterschwelligen Vergiftung ausgesetzt«. Dahinter sieht er eine »Gesinnungsdiktatur von allmählich Orwell'schen Ausmaßen (...)«.

Und sonst?

Außenpolitisch macht sich der Einfluss der »Neuen Rechten« auf die Fraktion deutlich bemerkbar. Das Credo der »selbstbewussten Nation« durchzieht die Reden der Abgeordneten. Im Büro des Außenpolitikers Harald Weyel arbeitet mit Eric Lehnert der Geschäftsführer des neu-rechten »Instituts für Staatspolitik«(IfS). Die Absage an den Multilateralismus und eine klare »Deutschland zuerst!«-Position kennzeichnen die Außenpolitik der AfD. Deutschland solle seine Interessen notfalls auch gegen seine europäischen Partner durchsetzen und sich nicht länger in Bündnissysteme einbinden lassen. Für Weyel handelt es sich bei solchen Bündnissen um »Zwangsjacken«: »Auf dem einen Ärmel steht NATO und auf dem anderen EU.«
Der völkische Antikapitalismus des Höcke-Flügels der Partei lässt im Bundestag noch auf sich warten. Austariert zwischen konservativem ArbeitnehmerInnenflügel um den Abgeordneten Uwe Witt, der völkischen Rechten um den Abgeordneten Jürgen Pohl und einer marktradikalen Ausrichtung um die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel bleibt die AfD in diesem Feld bisher unkenntlich. Während Pohl die sozialen Verwerfungen durch die Agenda-2010-Politik anprangert, empfiehlt seine Fraktionsvorsitzende Weidel auf die Frage, wie die steuerpolitischen Sparpläne der AfD zu finanzieren seien: »Durch Einsparungen! Bei Arbeit und Soziales kann man einsparen!«
Neben der inhaltlichen Seite fällt die AfD durch Versuche auf, den Parlamentarismus und die Parteien lächerlich zu machen. Unter dem Deckmantel der Demokratie werden so demokratische Institutionen in Frage gestellt. Zur Wahl der Bundeskanzlerin im Bundestag veröffentlichte die AfD-Fraktion via Facebook ein Foto des Abgeordneten Stephan Brandner, seines Zeichens Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages: Dieser hatte seinen Wahlschein im WC auf zwei Toilettenpapierrollen drapiert, um auf diesem Weg seine Sicht auf den Parlamentarismus deutlich zu machen. Im Juni versuchte der Abgeordnete Thomas Seitz seine Redezeit zur Initiierung einer Gedenkminute für die vermutlich von einem irakischen Flüchtling ermordete Susanna F. aus Wiesbaden zu nutzen. Die Unterbindung durch Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth wurde von der Fraktion via Facebook sofort ins Netz gestellt, was zu massiven Drohungen gegen Roth führte.

Umgang mit der AfD

Bisher hat noch keine Fraktion ein probates Mittel im Umgang mit der AfD im Bundestag gefunden. Das auf möglichst hohe Präsenz und Aufmerksamkeit gerichtete Auftreten der AfD wird von vielen durch eine konsequente De-Thematisierung der AfD-Beiträge beantwortet. Damit soll der AfD Aufmerksamkeit und Raum genommen werden. Ein solches Verhalten führt jedoch häufig dazu, dass rassistische Positionen unwidersprochen im Raum stehen bleiben. Bisher gab es nur wenige kluge und scharfe Gegenreden, die auch außerhalb des Bundestags Aufmerksamkeit fanden. AfD-AnhängerInnen werden damit ohnehin kaum erreicht, für indifferente ZuhörerInnen aber auch für die GegnerInnen der AfD sind sie als Bezugs- und Bestätigungspunkt aber wichtig. Somit bleibt nach der ersten Etappe mit der AfD im Feld für die anderen Parteien noch viel Luft nach oben

#NeoNazis

Von der Partei zur Kameradschaft und zurück

Mit der Kampagne zum zehnten »Tag der Deutschen Zukunft« mobilisierten Neonazis aus dem nördlichen Harz ein Jahr lang zum Aufmarsch nach Goslar. Dort hat sich eine kleine, aber beständige Neonazi-Szene etabliert.

von Marian Ramaswamy und Rune Wiedener

Die erfolgreichen Zeiten der neonazistischen Aufmarsch-Kampagne »Tag der deutschen Zukunft« (TddZ) liegen schon länger zurück. Doch zum zehnjährigen Jubiläum erhoffte sich die »Kameradschaft Nordharz« als Organisatorin offenbar einen neuen Aufschwung und trat seit dem Sommer 2017 mit Mobilisierungsveranstaltungen in Erscheinung. Tatsächlich aber geschah die Organisationsübernahme aus dem Grund, weil »es keinen anderen gab«, der sich dazu bereit erklärt hatte, wie Joost Nolte als Mitglied des »Kollektivs Nordharz« freimütig im Gespräch mit dem neonazistischen Medienportal FSN-TV einräumte.

Zur politischen Legitimation des Aufmarschortes Goslar, der im Gegensatz zu früheren Zielen wie Dortmund, Karlsruhe oder Hamburg mitnichten als Großstadt bezeichnet werden kann, diente der Rückgriff auf NS-Propaganda; schließlich galt Goslar ab 1936 als »Reichsbauernstadt«. Die angeblich herausragende propagandistische Bedeutung dieses vermeintlichen Ehrentitels ist in der Geschichtsforschung umstritten. Fanden die sogenannten »Reichsbauerntage« in den frühen Jahren des Nationalsozialismus noch regelmäßig in Goslar statt, verzichtete das NS-Regime mit Beginn des Zweiten Weltkrieges auf die Fortführung.

Initiatoren fehlen zum Jubiläum

Dem Aufruf zum zehnten TddZ folgten letztlich 230 Neonazis, vor allem aus Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Damit fällt das Ergebnis weit hinter die Erwartungen der VeranstalterInnen zurück. Auf FSN-TV sprach Nolte im Vorfeld noch von 350 bis 1.000 TeilnehmerInnen. Während in Goslar die Reden von Thorsten Heise als stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender sowie von den Vertretern der Partei »Die Rechte« Sascha Krolzig und Sven Skoda wenig überraschten, war das Fehlen von Thomas Wulff und Christian Worch auffällig; beide gelten als Initiatoren des TddZ. Ihre Abwesenheit macht deutlich, dass das Projekt nicht nur wegen des Veranstaltungsortes Goslar an Relevanz verloren hat. Der TddZ steht somit sinnbildlich für die zersplitterte und marginalisierte Neonazi-Szene in Deutschland, die sich nach politischen Erfolgen sehnt.

Aus der früheren Initiatorengruppe begleitete schlussendlich nur Dieter Riefling, von Nolte fälschlicherweise als »Vater des TddZ« bezeichnet, die diesjährige Kampagne. Er erhielt aber, wie bereits ein Jahr zuvor in Karlsruhe, ein generelles Redeverbot durch die Ordnungsbehörden.

Stärkung der regionalen Strukturen

Trotz des Misserfolgs konnte der Veranstaltungsort Goslar die Neonazi-Strukturen im Harz stärken, die seit dem Spätsommer 2014 mit dem Auftreten der »Nationalen Sozialisten Nordharz« (NSNH) eine neue Dynamik entwickelten. Personelle Überschneidungen bestanden zudem mit dem bis Ende 2016 existierenden »Die Rechte«-Kreisverband Harz (Sachsen-Anhalt) um den damaligen Kreisvorsitzenden Ulf Ringleb aus Halberstadt. Allerdings verschuldete sich der Verband nach einem finanziellen Desaster im Wahlkampf und versank nach persönlichen Reibereien in der Bedeutungslosigkeit. In der Folge gründete sich im Frühjahr 2017 das »Kollektiv Nordharz« mit einem Kern aus 10 bis 15 Mitgliedern mit zum Teil wechselnden Personalien. In Niedersachsen entwickelte sich neben Ringleb und Nolte auch Carsten Dicty zu einer Führungsperson.

Stützpunkt Bad Harzburg

Als Treffpunkt steht der Kameradschaft eine Immobilie in der Bäckereistraße 8 in Bad Harzburg zur Verfügung, die sich im Eigentum eines großen Goslarer Handwerksunternehmens befindet und in der Vergangenheit bereits als Veranstaltungsort von Neonazikonzerten diente. Am 10. April 2017 veranstaltete das »Kollektiv Nordharz« einen Liederabend mit Michael Regener, bekanntermaßen Kopf der Band »Die Lunikoff Verschwörung«. Zu dem konspirativ beworbenen Konzert versammelten sich nach eigenen Angaben 150 Neonazis auf dem Gelände, die weitestgehend von polizeilichen Maßnahmen verschont blieben. Ein weiteres Konzert sollte im Anschluss an eine TddZ-Mobilisierungskundgebung am 12. August 2017 stattfinden. Neben dem Konzert und der Kundgebung wurde auch ein Vortrag von Dieter Riefling mit dem Thema »10 Jahre Tag der Deutschen Zukunft« beworben. Das Konzert wie auch der Vortrag konnten jedoch nicht stattfinden; der Landkreis Goslar, der diesmal frühzeitig über das Neonazi-Event informiert war, sprach ein präventives Verbot von öffentlichen Veranstaltungen für den Ort des Geschehens aus. Die Immobilie konnte schlichtweg nicht die nötigen Brandschutzvorschriften vorweisen. An der Kundgebung in Goslar sowie zwei spontanen Kundgebungen in Vienenburg und Salzgitter beteiligten sich insgesamt nicht einmal 50 Neonazis. Neben den Harzer Kameradschaftsmitgliedern stammten sie vor allem aus den »Jungen Nationalisten« (JN) Braunschweig und der sogenannten »Volksbewegung Niedersachsen« um Jens Wilke.



Moblilisierungs-Veranstaltung in Salzgitter v.l.n.r. Carsten Dicty, Dieter Riefling, Jens Wilke und Ulf Ringleb am 12. August 2017

Partei statt »Kameradschaft«

Nachdem das »Kollektiv Nordharz« vor allem bundesweit auftrat, etwa auf dem »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« im August 2017 in Berlin oder den neonazistischen Festivals in Themar, machte es ab Ende November wieder in der Nähe des Harzes von sich reden. Einige Mitglieder versuchten, eine Vorbereitungskonferenz des Goslarer »Bündnis gegen Rechts« im südniedersächsischen Duderstadt zu stören und bedrängten dabei die Anwesenden massiv. Die Polizei leitete in der Folge Ermittlungsverfahren ein. Kurz danach verschwand die Internetpräsenz der »Kameradschaft«; stattdessen fand sich eine Meldung über die Auflösung des »Kollektivs Nordharz«. Nur kurze Zeit später verkündete die Kleinstpartei »Die Rechte« im Januar 2018 die Gründung des »Großkreisverbands Süd-Ost-Niedersachsen«. Seinen ersten Vorstand stellten mit Ulf Ringleb, Joost Nolte und Jan Derks allesamt vorherige »Kollektiv Nordharz«-Aktivisten.

Dass es sich bei der Gründung des Kreisverbands vor allem um eine strategische Absicherung der eigenen Kameradschaftsstruktur handelte, zeigte sich spätestens bei einer Kundgebung am 13. Februar in Vienenburg bei Goslar. Unter dem Motto »Ein Licht für Dresden« fanden sich circa 30 Neonazis zu einer kurzen Kundgebung vor dem dortigen Rathaus ein. Sowohl die TeilnehmerInnen als auch die OrganisatorInnen waren dabei deckungsgleich mit dem aufgelösten »Kollektiv Nordharz«, dessen Mitglieder offenbar ein staatliches Verbot fürchteten.

Streit und erfolglose Mobilisierung

In der letzten Phase der TddZ-Mobilisierung setzten die OrganisatorInnen neben Infoständen und RechtsRock-Konzerten hauptsächlich auf Kleinstkundgebungen, zu denen in der Regel lediglich die eigenen AktivistInnen erschienen. Am 7. April 2018 kamen jeweils nicht mehr als 20 Neonazis zu Kundgebungen in Braunschweig, Salzgitter und Goslar. Angemeldet wurden sie trotz der neuen Nähe zur Partei »Die Rechte« durch das NPD-Mitglied Carsten Dicty. Zwei Wochen später sollte es am 25. April dann zu einem Aufmarsch durch Göttingen kommen. Die Anmeldung übernahm Holger Niemann, bekannt als »Die Rechte«-Vorsitzender in Niedersachsen. Als Versammlungsleiter wiederum bot sich mit Jens Wilke der ehemalige NPD-Kandidat und Kopf der »Volksbewegung Niedersachsen« an. Er hatte im Januar 2018 vor dem Verwaltungsgericht Göttingen erfolgreich gegen das Verbot seiner Veranstaltung im Vorjahr geklagt. Mit Wilke, aufgrund seiner öffentlichen Unterstützung der «Alternative für Deutschland« ohnehin eine polarisierende Figur innerhalb der Neonazi-Szene, kam es jedoch kurz vor dem Aufmarsch zum Streit. Als Folge nahm Niemann die Anmeldung so kurzfristig zurück, dass der hauptsächlich von der »Volksbewegung Niedersachsen« getragene Aufmarsch abgesagt werden musste. Die Absage stand dabei symbolisch für die misslungenen Mobilisierungsversuche wie auch für das Ende der kaum eine Handvoll Aktive zählenden »Volksbewegung«. Der so heimatlos gewordene Wilke suchte vor der Durchführung des TddZ-Aufmarsches die Nähe zu den nicht nur in Niedersachsen völlig unbedeutenden »Die Republikaner« und kandidiert für sie auf Platz 3 zur Europawahl.

Kurz nach dem enttäuschenden Aufmarsch traf sich der Kreis der OrganisatorInnen in Bad Harzburg für den regionalen Abschluss der Kampagne. In Zukunft soll es nun unter dem Label »Patriotisches Goslar« weitergehen. Zwar kann das ehemalige »Kollektiv Nordharz« seine Aktivitäten der vergangenen Monate nur schwerlich als Erfolg verkaufen. Doch das Organisieren und Durchführen diverser Veranstaltungen sind zumindest für den engeren Kreis der regionalen Kameradschaftsstrukturen ein erheblicher Erfahrungsgewinn in der politischen Praxis. Mit dem Rückgriff auf eine funktionierende Infrastruktur vor Ort wird wohl leider auch zukünftig von den Neonazi-Strukturen im nördlichen Harz zu hören sein.

#NaziÜberfall

»Paramilitärischer Einmarsch«

Am 11. Januar 2016 überfielen Neonazis den Leipziger Stadtteil Connewitz. Fast alle Verdächtigen werden sich demnächst vor Gericht verantworten müssen.

von Martin Leonow

»Alle runter, los!« Die Polizei meint es ernst an diesem Abend, trägt Helme, sprüht Pfefferspray. Hier, in einer kleinen Seitenstraße in Leipzig, stehen Vermummte und kommen nicht mehr weg. Flaschen fliegen, Böller knallen, am Himmel schwebt ein Hubschrauber. Aus der Traube läuft ein Mann zu den BeamtInnen. Er hat eine Sturmhaube aufgezogen, in der rechten Hand hält er einen Hockeyschläger, mit dem er aufgeregt in der Luft wedelt. Trotzdem will er jetzt diskutieren: »Die, die euch mit Steinen beschmeißen, die wollen wir ham' und nicht euch«, brüllt er im breitesten Sächsisch. »Auf den Boden, hinlegen«, erwidert die Polizei. Der Mann sieht das nicht ein. »Erschießt mich lieber, bevor ich hier runtergehe!«, ruft er mit heiserer Stimme, und andere stimmen den Sprechchor an: »Wo, wo, wo wart ihr Silvester?« Gemeint ist die Neujahrsnacht in Köln, die erst wenige Tage zurückliegt. Aber das hier ist nicht die Domstadt, sondern Connewitz. Es ist der 11. Januar 2016, ein verregneter Montag, kurz nach halb acht abends. Die Vermummten sind Neonazis und Hooligans, genau 215 werden später gezählt. Sie gehen alle zu Boden und werden mit Kabelbindern gefesselt. Es ist eine Massenfestnahme. Das Ende einer Gewaltorgie.

Wenige Minuten vorher waren sie einige hundert Meter durch den alternativen Stadtteil gezogen, wo sie eine Spur der Verwüstung hinterließen. Auf der Wolfgang-Heinze-Straße warfen sie Scheiben ein, zündeten Mülltonnen an. Sie sprangen auf Autos und demolierten sie mit Äxten. Einige der Vermummten stürmten eine gut besuchte Kneipe und sprühten Reizgas hinein. Auf der anderen Straßenseite wurde ein Dönerimbiss angegriffen, im Inneren explodierte ein großer Böller, der die Deckenverkleidung herunterriss und ein Spülbecken zerfetzte. Die Täter nahmen auch die Kasse mit. Insgesamt 23 Ladengeschäfte wurden attackiert, aber auch Wohnhäuser. In einem durchschlug ein Rauchtopf ein Zimmerfenster. Der Sachschaden beläuft sich auf insgesamt rund 112.000 Euro. Dass nicht noch mehr geschah, war bloßer Zufall.

Alles passierte binnen weniger Minuten. Die Rechten waren, um mitzumachen, teils von weit her mit Autos angereist, die sie am Rand des Viertels abgestellt hatten. Von dort aus war es nur noch ein kurzer Fußweg, bis eine rote Leuchtkugel abgeschossen wurde und der Schlachtruf »Hooligans, Hooligans« ertönte – das Signal loszuschlagen. Als der Mob ein paar Minuten später Sirenen hörte, machte er langsam kehrt und bog falsch ab. In jene Seitenstraße, in der ihm die Polizei sofort den Weg abschneiden konnte. Diese Straße, das ist im Viertel bekannt, führt zu einem kleinen Polizeiposten. Das wurde den meisten Neonazis zum Verhängnis: Nur einige Dutzend, vielleicht um die fünfzig, konnten in andere Richtungen flüchten.

Alle anderen landeten auf dem Asphalt – und müssen sich demnächst vor Gericht verantworten. Mitte August beginnen in Leipzig die Verhandlungen; Vorwurf jedes Mal: schwerer Landfriedensbruch. Die Namen der Verdächtigen kursieren seit geraumer Zeit im Internet.

PEGIDA und Co. als Aktionsraum

Doch die juristische Aufarbeitung, das ist jetzt schon klar, könnte lange dauern. Auch weil bei den Ermittlungen viele Fragen offen blieben. Zwar sammelte die Polizei noch vor Ort zahlreiche Tatwerkzeuge ein: Teleskopschlagstöcke, mit Nägeln durchschlagene Zaunlatten und Messer, Handschuhe, Zahnschutz und Sturmhauben, Reizgas-Kartuschen und noch einiges mehr. Insgesamt liegen 115 Asservate vor, unter anderem ein einzelnes Funkgerät, Reichweite fünf Kilometer. Wer es bei sich trug und wer das Gegenstück bediente, ist bis heute ungeklärt. Zudem blieben viele potentielle Beweisstücke zurück und wurden erst später, vom Regen durchweicht, durch AnwohnerInnen geborgen. Darunter weitere Waffen sowie ein großes Banner, das Tage zuvor noch an einer Kirche gehangen und dazu aufgerufen hatte, an jenem 11. Januar gegen den montäglichen »LEGIDA«-Aufmarsch zu protestieren.

Unbekannte hatten es entwendet, die Rechten trugen es, auf den Kopf gedreht, wie eine Trophäe durch den Stadtteil. Danach blieb es unbeachtet auf der Straße liegen. Fotos zeigen, wie Polizeiautos darüberfuhren. Kriminaltechnisch untersucht wurde das Transparent letztlich nicht. Dabei hätten Spuren derjenigen, die es entwendet hatten, zu den Hinterleuten des Angriffs führen können, denn wer die Aktion geplant und koordiniert hat, liegt immer noch im Dunkeln. Dabei waren zeitweise bis zu 25 BeamtInnen in der eigens gegründeten Ermittlungsgruppe »Jahrestag« tätig. Parallel zur Tat, daher der Name, beging der ausländerfeindliche PEGIDA-Ableger »Leipzig gegen die Islamisierung des Abendlandes« mit gut 3.000 AnhängerInnen sein Jubiläum im Zentrum der Messestadt. Pünktlich zu Beginn der Versammlung, nur wenige Kilometer südlich davon, schlugen die Rechten zu.

Dabei waren mehrere Anhänger der »Freien Kameradschaft Dresden« (FKD), einer kriminellen Neonazi-Gruppe, die sich Anfang 2015 am Rande der frühen PEGIDA-Aufmärsche zusammengefunden hatte. Ein Mitglied, Florian N., ist inzwischen auch wegen seiner Beteiligung am Connewitz-Überfall in Haft. Das Landgericht Dresden verurteilte den jungen Mann vor einem Jahr wegen etlicher Gewalttaten zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und acht Monaten Haft, allein seine Beteiligung in Connewitz kostete ihn sechzehn Monate. Das Dresdner Landgericht fand deutliche Worte: Die Rechten wollten die »Schlagkraft der Szene« unter Beweis stellen, indem sie eine »Hochburg der Antifa« einnehmen, heißt es im Urteil. Es war »eine sorgfältig geplante und auf Gewalttätigkeiten gerichtete Aktion«, so die Kammer, ein generalstabsmäßig vorbereiteter »paramilitärischer



Screenshot vom MDR Bericht über den Angriff

Einmarsch«. Zahlreiche Aussagen auch weiterer Beschuldigter verstärken diesen Eindruck.

Es gibt Hinweise auf viel länger zurückliegende Planungen und regelrechte Testläufe: Von Beginn an wurden die LEGIDA-Versammlungen von größeren Hooligan-Gruppen begleitet, die manchmal eigene Marschblöcke bildeten. Angriffe auf GegendemonstrantInnen und die Polizei gehörten zum Programm. Nach einem Aufmarsch der LEGIDA-Abspaltung »Offensive für Deutschland« im September 2015 versuchten Neonazis, ein linkes Kulturprojekt anzugreifen. Ihre Autos hatten sie genau dort abgestellt, von wo aus auch der spätere Connewitz-Überfall ausging. In Dresden kam es anlässlich des ersten PEGIDA-Jahrestages im Oktober 2015 zu heftigen Ausschreitungen, bei denen Neonazi-Gruppen Barrikaden errichteten. Ende des Jahres schließlich versuchten unter anderem AnhängerInnen der FKD, im Vorfeld einer PEGIDA-Versammlung auf eigene Faust durch die alternativ geprägte Dresdener Neustadt zu ziehen. Sie hatten Knüppel dabei, schlugen mehrere PassantInnen. Spätestens das, so die Einschätzung eines Ermittlers, war ein Probelauf für Connewitz.

»... den Hooligans nicht gewachsen«

Dafür brauchte man aber mehr Schlagkraft, viel mehr Personen, die offenbar langwierig über Messenger-Dienste rekrutiert wurden. So kursierten interne Aufrufe, »massiv« zu mobilisieren und »furchtlos auf der Straße präsent« zu sein. Zudem erschienen teils wortgleiche Facebook-Beiträge. Sie umwarben das, was kommen würde, kaum verklausuliert: Man werde es mit »Polizeikräften in Unterbesetzung« zu tun haben und einer Antifa, die »den Hooligans in Leipzig nicht gewachsen ist«. Bei mehreren Polizeidienststellen wurden solche und ähnliche Einträge gesichert. Doch vorab Kenntnis vom eigentlichen Plan, so sagen es die zuständigen Behörden unisono, habe man nicht gehabt. Eine der größten geheimen Neonazi-Mobilisierungen der jüngeren Zeit, die auch Fußballfanszenen verschiedener Vereine erreichte, soll völlig unter dem Radar gelaufen sein.

Auch am Tattag bemerkte die Polizei nichts. Wiederum per Handy wurde ein zentraler Treffpunkt verbreitet, der Naunhofer See südöstlich von Leipzig. Am späten Nachmittag trafen sich dort mehrere hundert Personen. Sie erhielten die Anweisung, Telefone und Navigationsgeräte auszuschalten. Wer dort das Wort führte, ist bislang offen. Klar ist aber, dass es ringsherum weitere kleine Treffpunkte gab – in den nordsächsischen Städtchen Eilenburg und Taucha, in Wurzen im Landkreis Leipzig sowie im Stadtteil Meusdorf. Dort sammelten sich vor allem lokale Neonazis, die auch als Hooligans in der Fanszene des 1. FC Lokomotive Leipzig bekannt sind und einst der – angeblich aufgelösten – Schlägertruppe »Scenario Lok« angehörten. Aus den sichergestellten und gelesenen Mobiltelefonen weiß die Polizei, dass diese Gruppe vom großen Treffen am Naunhofer See vor allen anderen wusste. Von dort aus fuhr die Kolonne schließlich nach Connewitz. Wer dabei war, so urteilte die Dresdner Kammer, wusste, worauf er sich einließ und was folgen würde.

Für die Szene war die Aktion zunächst ein Erfolg: Kaum hatten sich erste Nachrichten über die Aktion verbreitet, feierten die Rechten im Netz, die »Festung Connewitz« sei gefallen. Einige brüsteten sich, selbst dabei gewesen zu sein. Doch denen, die nachweislich vor Ort waren, droht viel: Ihnen wird besonders schwerer Landfriedensbruch zur Last gelegt, die Mindestfreiheitsstrafe liegt bei sechs Monaten. Das könnte einige Beteiligte in die Bredouille bringen, die schon vielfach verurteilt wurden oder zur Tatzeit unter Bewährung standen. Einzelne Verdächtige haben sich danach tatsächlich aus der Neonazi-Szene zurückgezogen.

Wie lange sich die juristische Aufarbeitung dann ziehen wird, ist offen. Abzüglich der Verhandlungen in Dresden gegen mutmaßliche FKD-Mitglieder und einige Personen aus deren Umfeld, will die zuständige Staatsanwaltschaft Leipzig nun fast alle Beschuldigten in rund 100 Prozessen gegen zumeist jeweils zwei Personen vor das Amtsgericht Leipzig bringen. Die meisten Anklagen wurden bereits zugelassen, in wenigen Fällen dauern die polizeilichen Ermittlungen an, nur ein einziges Verfahren wurde eingestellt. Der erste Prozesstermin wurde für Mitte August angesetzt.

Die Verhandlungen könnten eine Gelegenheit sein, die Hinterleute der Aktion zu enttarnen und zu klären, ob die Aktion nicht doch im Vorfeld hätte auffliegen können: Zwar will die Polizei nichts gewusst haben. Aber umgekehrt hatten mutmaßliche Beteiligte am Tattag, das zeigen ihre Chats, interne Informationen der Polizei, die dann auch im Internet erschienen, unter anderem auf dem Twitter-Account der NPD Leipzig und von LEGIDA selbst. Woher die Daten stammten, konnte nicht ermittelt werden. Doch in den Chats der Angreifer fällt der Name eines Gesinnungsgenossen, der sie beschafft haben soll

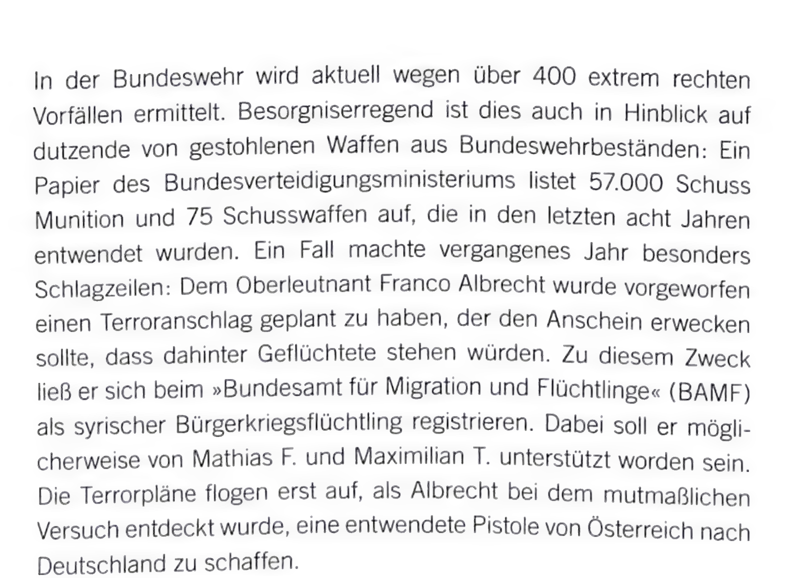
#Bundeswehr

Rechter Soldat mit Terrorplänen

Seit einem Jahr sorgen die Ermittlungen gegen eine rechte Terrorzelle um den Bundeswehrsoldaten Franco Albrecht für Aufsehen. Das Verfahren wegen Terrorverdachts wurde vom Gericht jedoch eingestellt, die Bundesanwaltschaft legte dagegen nun Beschwerde ein.

von Cihan Balıkçı





In der Bundeswehr wird aktuell wegen über 400 extrem rechten Vorfällen ermittelt. Besorgniserregend ist dies auch in Hinblick auf dutzende von gestohlenen Waffen aus Bundeswehrbeständen: Ein Papier des Bundesverteidigungsministeriums listet 57.000 Schuss Munition und 75 Schusswaffen auf, die in den letzten acht Jahren entwendet wurden. Ein Fall machte vergangenes Jahr besonders Schlagzeilen: Dem Oberleutnant Franco Albrecht wurde vorgeworfen einen Terroranschlag geplant zu haben, der den Anschein erwecken sollte, dass dahinter Geflüchtete stehen würden. Zu diesem Zweck ließ er sich beim »Bundesamt für Migration und Flüchtlinge« (BAMF) als syrischer Bürgerkriegsflüchtling registrieren. Dabei soll er möglicherweise von Mathias F. und Maximilian T. unterstützt worden sein. Die Terrorpläne flogen erst auf, als Albrecht bei dem mutmaßlichen Versuch entdeckt wurde, eine entwendete Pistole von Österreich nach Deutschland zu schaffen.

Völkischer Nationalist aus Offenbach

Aufgewachsen ist der heute 29-jährige Franco Hans Albrecht in Offenbach, in der Oberstufe besuchte er eine Schule im nahegelegenen Frankfurt am Main. Mit rechten Positionen fiel er damals nicht auf: Weder waren seinen LehrerInnen solche bekannt, noch wurde er auf rechten Demonstrationen gesichtet. Nach dem Abitur 2008 absolvierte er den Grundwehrdienst und begann danach ein Studium als Zeitsoldat an der französischen Elite-Militärakademie Saint-Cyr.
Hier wurde seine extrem rechte Gesinnung erstmals öffentlich: Ende 2013 reichte Albrecht seine Masterarbeit ein, die von völkischen und antisemitischen Verschwörungstheorien nur so strotzte. Die unter dem Titel »Politischer Wandel und Subversionsstrategie« vorgelegte Abhandlung entspricht weniger einer nach wissenschaftlichen Standards gefertigten Arbeit als einem neu-rechten Traktat. Ausgehend von der Annahme, Regierungswechsel brächten keine politischen Veränderungen mit sich, sieht er geheime Feinde am Werk, die er im Folgenden nur noch als »die Subversion« bezeichnet und die die Homogenität von Nationen und Gesellschaften mittels militärischer Konflikte und Migration schwächen wollen, um »die Völker in ihrer Substanz zu zerstören«. Westliche Gesellschaften seien »vollkommen im Griff der Subversion« und von »Vasallen« wie Freimaurer, Lobbyisten und »Diaspora-Gruppen«. Auf den 140 Seiten lässt er dabei nur wenige verschwörungstheoretische Klischees und neu-rechte Schlagwörter wie »Austausch der Bevölkerung« und »Autogenozid« aus.

Liste mit Anschlagszielen

Zwar wurde die Arbeit als unwissenschaftlich abgelehnt, nach Vorlage eines neuen Abschlusspapiers konnte er jedoch ungehindert weiter bei der Bundeswehr tätig sein. Als nach seiner Verhaftung im April 2017 die Kaserne im französischen Illkirch, in der Albrecht stationiert war, als eines von 16 Objekten in Frankreich, Deutschland und Österreich durchsucht wurde, fanden die Ermittler Wehrmachtsreliquien und in Waffen eingeritzte Hakenkreuze. Zudem beschlagnahmten sie zwei Gewehre, eine Pistole und über 50 Sprengkörper, die Franco Albrecht sich beschafft habe. Dazu fanden sie auf einem Datenträger bei Albrecht die aus islamistischen Kreisen stammende Bombenbauanleitung »Mujahideen Explosives Handbook« und das bei RechtsterroristInnen beliebte Handbuch »Der totale Widerstand«.
Überdies wurde in der Kaserne in Illkirch eine Liste mit möglichen Anschlagszielen entdeckt mit dem Titel »Politik und Medien«. Auf dieser befinden sich die Namen von PolitikerInnen, wie Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) und Heiko Maas (SPD), von AktivistInnen des »Zentrums für politische Schönheit« und von der Gründerin der »Amadeu-Antonio-Stiftung«, Annetta Kahane. Vermutlich letztere habe Albrecht laut dem Frankfurter Oberlandesgericht bereits ausgekundschaftet und sich dafür Zugang zur nichtöffentlichen Tiefgarage ihres Büros verschafft sowie Fotos der dort geparkten Autos gemacht. In anderen Notizen sollen weitere Anschlagspläne vermerkt sein: Befreiung der inhaftierten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck, Sprengung eines Gedenksteins für die jüdische Familie Rothschild in Frankfurt oder, als »Asylant« getarnt, eine Handgranate in eine »Gruppe Antifas« zu werfen.

Möglicher Terrorhelfer für AfD tätig

Die Liste soll von dem ebenfalls in Illkirch stationierten Soldaten Maximilian T. miterstellt worden sein, der auch an dem Tag der Hausdurchsuchung vernommen und später verhaftet wurde. T. stammt aus Seligenstadt im Kreis Offenbach, unweit des Herkunftsortes des gleichaltrigen Franco Albrecht.



sen, in der »Prepper« (s. drr Nr. 168) kommunizieren. Bundesweit hätten sich diese »Prepper« in mehreren regional zusammengesetzten Chatgruppen vernetzt, die von ein und demselben Administrator verwaltet würden: ein KSK-Elitesoldat der Bundeswehr, der unter dem Pseudonym »Hannibal« bekannt geworden ist. Er wird im Ermittlungsverfahren gegen Albrecht lediglich als Zeuge geführt. Bei Mitgliedern einer von »Hannibal« zeitweise verwalteten Chatgruppe unter dem Namen »Nordkreuz« fanden Behörden indes Waffen und Steckbriefe von bis zu 5.000 linken PolitikerInnen und AktivistInnen. Unter den Mitgliedern befinden sich Bundeswehrreservisten, Polizisten und AfD-Mitglieder. Einer von ihnen, der inzwischen suspendierte Polizist Haik Jaeger, ist zur Zeit bei der AfD in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt, als stellvertretender Vorsitzender eines parteiinternen Gremiums zur Inneren Sicherheit. Die Ermittlungen gegen Mitglieder der Gruppe »Nordkreuz« dauern unterdessen an, im April 2018 kam es zu erneuten Hausdurchsuchungen in Mecklenburg-Vorpommern.

Nachdem die »Alternative für Deutschland« (AfD) eine Mitgliedschaft der Terrorverdächtigen nach deren Aufdeckung zuerst ausschloss, bestätigte diese im September, T. sei Mitglied der Partei und auch der »Jungen Alternative« (JA). Ende 2017 stellte T., der nur für zwei Monate inhaftiert war, einen Antrag auf Freistellung bei der Bundeswehr, um einer Nebentätigkeit nachgehen zu können: Er ist nun sieben Stunden pro Woche Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Nolte. Der 29-jährige Nolte ist wiederum Vorsitzender der JA in Hessen und dem völkischen Parteiflügel zuzurechnen. Früher war er wie T. Zeitsoldat, jetzt ist er in der Bundestagsfraktion Mitglied des verteidigungspolitischen Ausschusses des Bundestages. T. ist sein persönlicher Referent und arbeitet zugleich weiter für die Bundeswehr. Ein Zutrittsausweis für den Bundestag sei ihm aber aufgrund der laufenden Ermittlungen wegen Terrorverdachts verweigert worden. Dennoch kann ihn Nolte ganz regulär als Besucher im Bundestag empfangen.

Neben Franco Albrecht und Maximilian T. wurde anfänglich auch gegen Mathias F. wegen einer möglichen Beteiligung an Anschlagsplänen ermittelt. F. ist Student an der Technischen Hochschule im mittelhessischen Friedberg und war mit Albrecht vor dessen Zeit bei der Bundeswehr zusammen in einem Ruderverein in Offenbach aktiv. Bei ihm wurden bei einer der Hausdurchsuchungen etwa 1.000 Schuss unterschiedlicher Munition gefunden, die Albrecht aus Bundeswehrbeständen gestohlen und nach seiner zwischenzeitlichen Verhaftung in Wien bei ihm deponiert haben soll.

Chatgruppen mit Rechten und »Preppern«

Maximilian T. und Franco Albrecht sollen mit mindestens drei weiteren Männern – einer davon Soldat aus Österreich, wo Albrecht bei einem »Ball der Offiziere« eine Pistole stahl, sowie einem weiteren Oberleutnant aus der Kaserne in Illkirch – in einer gemeinsamen WhatsApp-Gruppe rassistische Bilder und Nachrichten ausgetauscht haben. Darüber hinaus sei Albrecht Mitglied einer Chatgruppe gewe-

Prozesseröffnung ungewiss

Franco Albrecht wurde Ende November 2017 aus der Untersuchungshaft entlassen und lebt seitdem wieder im Raum Offenbach. Die Bundesanwaltschaft erhob dennoch Anklage wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, des Verstosses gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, Betrugs und Diebstahl. Anfang Juni überraschte das zuständige Oberlandesgericht Frankfurt mit der Abweisung der Klage wegen der Vorbereitung eines Terroranschlags. Es sei zu der Überzeugung gelangt, es bestehe kein hinreichender Tatverdacht für die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Zwar sprächen mehrere Umstände dafür, dass Albrecht den festen Entschluss hatte, einen terroristischen Anschlag zu begehen, etwa seine völkisch-nationalistische Einstellung, das Auskundschaften eines möglichen Anschlagsziels sowie Waffenbeschaffung und -training. Allerdings habe er die möglichen Tatpläne und -mittel bereits seit Ende Juli 2016 gehabt und dennoch keine terroristische Attacke verübt. Da ihn objektiv nichts mehr an einem Terroranschlag gehindert habe und er dennoch keinen ausführte, sei nicht davon auszugehen, dass er fest entschlossen gewesen sei, so die fragwürdige Begründung des Oberlandesgerichts. Es veranlasste daher, den Prozess eine Instanz herabzustufen und Albrecht vor dem Landgericht Darmstadt nur wegen Täuschung des BAMF und Waffendiebstahls anzuklagen. Die Bundesanwaltschaft legte daraufhin jedoch Beschwerde gegen die Abweisung der Klage ein. Nun muss der Bundesgerichtshof entscheiden.

Aufgrund eines unzureichenden Tatverdachtes waren Mathias F. und Maximilian T. nur kurzzeitig inhaftiert, die Ermittlungen gegen sie dauern offiziell noch an. Die zahlreichen Durchsuchungen und verzweigten Chatgruppen werfen aber weiter Fragen auf: Wie intensiv waren die beiden Gleichgesinnten in mögliche Anschlagspläne involviert? Wie weit reicht das Netzwerk aus mutmaßlichen rechtsterroristischen Bundeswehrsoldaten und »Preppern«? Wieso schafft die Bundesanwaltschaft es nicht, gerichtsfest zu ermitteln und anzuklagen? Ob es dazu klare Antworten geben wird, ist zur Zeit völlig offen.

#Polen

Die extreme Rechte gegen die PiS

Trotz nationalistisch-autoritären Kurses und der Demontage des liberalen Rechtsstaats durch die regierende national-katholische »Prawo i Sprawiedliwość« (PiS) ist das Verhältnis der extremen Rechten zur Regierung ambivalent. Die Attacken von rechts auf die Partei nehmen zu.

von Jos Stübner



Die extreme Rechte in Polen ist seit 1989 vor allem von Organisationen geprägt, die sich ideologisch und in ihrer Symbolik an nationalistischen Bewegungen der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg orientieren. Die beiden größten und medial sichtbarsten Organisationen, das »Obóz Narodowo-Radykalny« (»National-radikales Lager«, ONR) und die »Młodzież Wszechpolska« (»Allpolnische Jugend«, MW), sehen sich in direkter Tradition gleichnamiger faschistischer und antisemitischer Gruppen der Zwischenkriegszeit. Anstelle des als »demo-liberal« bezeichneten Systems streben sie ein hierarchisch organisiertes, katholisches und ethnisch homogenes Polen an.

Die Mitgliederzahl von ONR und MW wird auf wenige Tausend geschätzt. Seit etwa 2010 lässt sich allerdings die Formierung einer breiteren, vor allem bei jungen Männern populären nationalistischen Bewegung beobachten. Kristallisationspunkt ist der jährliche Unabhängigkeitsmarsch am 11. November, dem Jahrestag der Staatsgründung 1918, der von ONR, MW sowie der Dachorganisation »Ruch Narodowy« (»Nationale Bewegung«, RN) ausgerichtet wird. Die Kader bilden zusammen mit großen Hooligangruppen aus dem ganzen Land den Kern des Aufmarschs. Von anfänglich ein paar Tausend stieg die TeilnehmerInnenzahl auf mittlerweile über 50.000, was zugleich auch die Zusammensetzung der Veranstaltung veränderte, denn es sammeln sich nun auch vermehrt nicht politisch organisierte Menschen unterschiedlichen Alters hinter den Bannern der FaschistInnen, vielfach auch Familien mit Kindern.

Trotz dieser Popularisierung gelang es der extremen Rechten jedoch nicht, sich als politische Kraft zu etablieren. Die Ergebnisse bei Wahlen sind mager. 2014 erreichte der RN bei den Europawahlen kaum mehr als ein Prozent. Über die Liste des populistischen Rockstars Paweł Kukiz gelangten 2015 zwar mehrere RN-VertreterInnen in den Sejm (Parlament); die Parlamentsgruppe ist aber von Grabenkämpfen und immer neuen Abspaltungen gezeichnet.

Erweiterte Spielräume

Auch die Alleinregierung der »Prawo i Sprawiedliwość« (»Recht und Gerechtigkeit«, PiS) seit 2015 hat sich bislang als zweischneidig erwiesen. Auf den ersten Blick scheint die extreme Rechte zu profitieren, denn mit ihrer fortwährenden flüchtlings- und muslimfeindlichen Rhetorik fördert die PiS-Regierung ein rassistisches und nationalistisches Klima. Die Ablehnung eines liberalen, säkularen Europas und eine aggressive, verabsolutierende Feindbild-Sprache unterscheiden sich oft kaum von den Parolen der FaschistInnen.

Von großer Bedeutung ist die affirmativ patriotische Geschichtspolitik. Bereits die Vorgängerregierung machte eindeutig extrem rechte historische Referenzen hoffähig. Unter der PiS sind diese nun prominent in den nationalen Gedenkkanon integriert. Antisemitische und antikommunistische »Helden« aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsjahre, die zum Teil auch mit den Nazis kollaborierten und seit Jahren zum zentralen Symbolrepertoire auf extrem rechten

Aufmärschen gehören, erfahren inzwischen höchste staatliche Würdigung.

Die extrem rechten Gruppen und Akteure selbst werden als akzeptierter Teil der politischen Öffentlichkeit behandelt. Anstatt wie sein Vorgänger am 11. November einen eigenen patriotischen Umzug in Warschau zu organisieren, überlässt Präsident Andrzej Duda den FaschistInnen die Hauptstadt und sendet Grußnoten. RegierungsvertreterInnen nehmen den Aufzug von ONR und MW vor Kritik in Schutz und preisen ihn als patriotisches Ereignis.

Während der 11. November unter der Regierung der liberal-konservativen »Platforma Obywatelska« (»Bürgerplattform«, PO) von Auseinandersetzungen mit Tränengas- und Wasserwerfereinsatz geprägt war, ist die Polizei unter der PiS im Umfeld des Marschs kaum noch präsent. Als der Vorsitzende der RN, Robert Winnicki, im vergangenen Jahr im Sejm der Regierung dafür dankte, dass die Polizei nicht mehr gegen PatriotInnen eingesetzt werde, nickte der damalige Innenminister Mariusz Błaszczak wohlwollend.

Gravierend ist auch die Neujustierung des Verhältnisses zur Justiz. Regelmäßig werden Ermittlungsverfahren gegen FaschistInnen wegen antisemitischer oder rassistischer Hassrhetorik eingestellt, auch wenn die Sachlage offensichtlich ist. Zweifellos erweitert die PiS-Regierung die symbolischen und faktischen Handlungsspielräume der FaschistInnen in vielerlei Hinsicht, bietet Schutz vor Repression und trägt zu deren Legitimierung bei.

Dem Kurs der PiS-Regierung wohnt andererseits aber auch ein demobilisierender Effekt inne. Konnten die früheren Schlachten mit der Polizei am 11. November noch zum Kampf mit dem System der liberalen Eliten stilisiert werden, fehlt nun dieses direkte Feindbild. Teile der extrem rechten Szene beklagen eine mit der Popularisierung des Marsches einhergehende Deradikalisierung. Auch aus diesem Grund kam auf dem Unabhängigkeitsmarsch im November 2017 ein »schwarzer Block« zustande, der sich von den »DurchschnittspatriotInnen« offensiv und aggressiv absetzen sollte. Von diesem Block stammen auch jene offen rassistischen Banner, auf denen etwa ein »weißes Europa« propagiert wurde und die auch international für größere Aufmerksamkeit sorgten. Die Integration und Normalisierung als »gewöhnliche« PatriotInnen ist für eine selbsterklärte Antisystembewegung offenkundig problematisch.

Jenseits des Unabhängigkeitsmarschs sind die Veranstaltungen von ONR und MW meist schwach besucht. Die Beteiligung reicht selten über den engsten Kern der organisierten Mitglieder hinaus. Auch die zwischenzeitliche Annahme, die extreme Rechte könnte die Rolle von Straßentruppen der Regierung übernehmen, hat sich längerfristig nicht bestätigt.

Konfrontationskurs

Von daher muss es auch nicht verwundern, dass von rechtsaußen zunehmend die Konfrontation gesucht wird. Lange schien sich die extreme Rechte eher als Druckmacherin denn als Kontrahentin der Regierung zu verstehen. Mittlerweile jedoch ist sie von sporadischer Kritik an PiS zu einer fast offen erklärten Oppositionshaltung übergegangen. Jedes Abweichen der Regierung von deren selbst vorgegebener Linie wird sofort heftig angegriffen, was sich in der Positionierung zur EU zeigt. Ein »Polexit«, wie ihn ONR und Co. fordern, ist für PiS trotz aller Konflikte mit Brüssel kein Thema. Beim Abtreibungsrecht hat PiS nach dem heftigen Gegenwind der Pro-Choice-Bewegung ein absolutes Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen vorläufig aufgegeben. Und auch beim rechten Kernthema, der Zuwanderung, versagt die PiS-Regierung aus Sicht der FaschistInnen. Vorgeworfen wird der Regierung nicht nur die ökonomisch bedingte Zuwanderung von über einer Million Menschen aus der Ukraine, was laut ONR zu einem »Bevölkerungsaustausch« führt. Auch die seit 2017 signifikant gestiegene Arbeitsmigration aus Ländern wie Indien oder dem mehrheitlich muslimischen Bangladesch wird der Regierungspartei als weiterer Wortbruch angelastet.

Mit der Kabinettsumbildung Anfang 2018 sah man sich ebenfalls bestätigt. Denn der äußerlichen Imagekorrektur, die Jarosław Kaczyński seiner Regierungsmannschaft verpasste, fielen einige Hardliner zum Opfer. RN-Chef Robert Winnicki erklärte dazu: »Die Radio-Maryja-Minister sind weg. Die Regierung entfernt sich von der national-katholischen Wählerschaft und hisst die weiße Flagge gegenüber der EU.«

Schließlich rückte mit der Debatte über die polnisch-jüdische Vergangenheit und der Positionierung gegenüber Israel ein Thema in den Vordergrund, bei dem sich ONR und MW immer wieder als einzig standhafte nationalistische Option präsentieren. Die extreme Rechte geriert sich als politisch konsequentes Sprachrohr der von PiS selbst ausgelösten, seit Monaten auf diversen sozialen Netzwerken und Medienkanälen tobenden antisemitischen Empörung. Das zeigen die Diskussionen rund um das Ende Januar 2018 beschlossene »IPN-Gesetz« zum Schutz des guten Namens der polnischen Nation. Das Gesetz bewirkt in all seiner widersprüchlichen Vagheit, dass über öffentlichen Äußerungen zu einer polnischen Beteiligung am Holocaust ein strafrechtliches Damoklesschwert schwebt und führte zu heftigen internationalen Reaktionen – insbesondere von israelischer Seite. Dass die PiS sich infolgedessen zähneknirschend und freilich ohne eigentliche Einsicht um diplomatische Verständigung bemüht, wird als Einknicken und Knebelung durch Israel und die jüdische Lobby bezeichnet. »Nimm die Kippa ab und unterschreib das Gesetz«, hieß es auf einem an den Präsidenten gerichteten Transparent von ONR und MW. Unentwegt ist die Rede von »jüdischen Aggressionen« und »jüdischem Antipolonismus«. Schon seit Längerem warnt das extrem rechte Lager alarmistisch vor angeblich drohenden Restitutionsansprüchen der Nachkommen jüdischer EigentümerInnen auf nach 1944 enteignete Grundstücke. Die Passivität der Regierungspartei in dieser Frage wird als ein Nachgeben vor dem erpresserischen Druck von Israel, USA und jüdischen Kreisen dargestellt. Auch die staatliche Unterstützung von als »jüdisch« identifizierten Einrichtungen wird angeprangert, obwohl etwa das »Museum der Geschichte der polnischen Juden« wegen seiner aktiven Beteiligung in der Antisemitismus-Debatte ohnehin den Attacken von PiS ausgesetzt ist. Nachdem die Polizei Anfang Mai in Katowice einen Aufmarsch der »Allpolnischen Jugend« auf Geheiß des von PiS unterstützten Stadtpräsidenten aufgelöst hatte, rief das faschistische Lager zu einer Protestkundgebung unter der Parole »Die Masken sind gefallen. PiS und PO (die Vorgängerregierung, Anm. d. Red.) – ein und dasselbe Übel« auf. Seit dem Regierungsantritt ist das die erste offen gegen PiS gerichtete Aktion.

Ob es aber gelingt, ausgehend von diesem Protest in nächster Zeit eine starke politische Formation rechts von PiS zu etablieren, ist angesichts von internen Auseinandersetzungen und fast monatlichen Parteigründungen fraglich. Die Kommunalwahlen im Herbst 2018 dürften einen ersten Hinweis darauf liefern, welche Allianzen möglich sind und ob sich eine Brücke zum unzufriedenen Teil der PiS-AnhängerInnenschaft schlagen lässt. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Bruchlinien zwischen der Rechtsregierung und der Bewegung auf der Straße weiter entwickeln. Unabhängig davon besteht langfristig die größte Gefahr vor allem im Verschwimmen ideologischer Grenzen nach rechtsaußen und der Normalisierung vormals marginalisierter extrem rechter Symboliken, Sprech- und Denkweisen.





#Russland

»Kontrollierter Nationalismus«

Bekanntermaßen ist es um das Verhältnis zwischen Russland und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht zum Besten bestellt. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im März 2018 wurde im Westen der Oppositionelle Aleksej Naval'nyj als demokratische Alternative zu Amtsinhaber Vladimir Putin gesehen. Naval'nyjs extrem rechte politische Einstellungen kamen dabei nicht zur Sprache.

von Lara Schultz

Die Zustimmung zu und das Vertrauen in Putin ist ungebrochen hoch. Drei Viertel der WählerInnen gaben ihm bei der Präsidentschaftswahl im März dieses Jahres ihre Stimme. 53 Prozent vertrauen Putin laut einer Umfrage des unabhängigen »Levada-Zentrums« vom April 2018. Das Vertrauen in den Oppositionspolitiker Aleksej Naval'nyj liegt dagegen bei drei Prozent. Dabei gilt Naval'nyj mit seiner »Stiftung zur Korruptionsbekämpfung« durchaus als Shootingstar der Opposition, vor allem im Westen Europas. In Russland dürfte er der mittlerweile bekannteste Blogger sein. 2011 wussten sechs Prozent der Befragten etwas mit dem Namen anzufangen, 2013 konnte er bei der Wahl zum Moskauer Bürgermeister den zweithöchsten Stimmenanteil auf sich vereinen, 2017 dann war er der Hälfte der Bevölkerung namentlich bekannt. Doch seine Bekanntheit schützt ihn nicht – im Gegenteil. Die angestrebten Gerichtsverfahren gegen ihn, offiziell wegen Unterschlagung, die Naval'nyj auch in Lagerhaft brachten, werden von BeobachterInnen als politisch motiviert angesehen, auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte beschrieb die Prozesse als willkürlich und voreingenommen.

Im Dezember 2016 kündigte Naval'nyj seine Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl im März 2018 an, die Zentrale Wahlkommission Russlands erklärte die Kandidatur jedoch für nicht zulässig und begründete dies mit der Verurteilung Naval'nyjs zu einer Bewährungsstrafe. Mehrfach wurde er zum Opfer von sogenannten Zelënka-Attacken. Zelënka, »Brillantgrün«, wird in den postsowjetischen Ländern bis heute als Antiseptikum verwendet, wobei Naval'nyj auch eine Augenverletzung davontrug.

Nationalistisch und rassistisch

Naval'nyj und die gegen ihn geführten Prozesse könnten mit denen gegen die Frauen- Punk-Band »Pussy Riot« verglichen werden – wäre da nicht seine extrem rechte politische Einstellung. Aus der sozialliberalen Partei »Jabloko« wurde er wegen nationalistischer Parolen im Jahr 2007 ausgeschlossen. An den extrem rechten »Russischen Märschen« nahm er seit 2009 regelmäßig teil. Der »Russische Marsch« findet seit 2005 jährlich am 4. November, dem Tag der »Einheit des Volkes« statt und wurde unter anderem von Aleksandr Dugins »Eurasischer Bewegung«, der extrem rechten »Bewegung gegen illegale Immigration« (DPNI) und der inzwischen verbotenen neonazistisch-paramilitärischen »Slavischen Union« (SS) ins Leben gerufen. 2009 gehörte Naval'nyj zu den OrganisatorInnen und RednerInnen bei diesem Aufmarsch. Im Aufruf hieß es unter anderem: »Der freie Mensch braucht Ehre. Uns verbindet die gemeinsame nationale Ehre und deshalb fühlen wir uns frei.« Ein Mobilisierungsvideo ist hinterlegt mit dem »Lied vom Stahl« des Ministerialbeamten im NS-Propagandaministerium Wilfried Bade. Erst seit 2013 sah Naval'nyj von einer weiteren Teilnahme am »Russischen Marsch« ab. Nicht etwa, weil er sich distanziert hätte. Nein, er wolle lediglich nicht, dass die Bemühungen, ihn zu diskreditieren, als Grund dafür verwendet werden könnten,



Nationalisten Vladimir Putin und Aleksej Naval'nyj

den »Russischen Marsch« als Ganzes zu diskreditieren. Außerdem habe er gehofft, die Versammlung werde eine »normale Prozession konservativer Bürger«. »Ich unterstütze immer noch den Russischen Marsch als eine Idee und als Veranstaltungsformat, ich bin bereit, Informationen zu verbreiten oder anders zu unterstützen, aber in der neuen Situation kann ich selbst nicht teilnehmen«, zitierte die britische BBC den Oppositionspolitiker. Naval'nyj ist vorsichtiger geworden – den Slogan der Märsche »Russland den Russen« verwendet er so nicht mehr. »Russland den Bürgern Russlands« fordert er auf seiner Homepage. 2008 schrieb er bis heute abrufbar in seinem Blog: »Die gesamte nordkaukasische Gesellschaft und ihre Eliten teilen den Wunsch, wie Vieh zu leben. Wir können nicht normal mit diesen Völkern koexistieren.« Zehn Jahre später lässt er verlautbaren: »Die visafreie Regelung mit den Ländern Zentralasiens wirkt sich negativ auf den Arbeitsmarkt in Russland aus und führt zu unkontrollierten Migrationsströmen. (...) Wenn eine Gesellschaft einen Massenzustrom von Migranten mit einer deutlich anderen Lebensweise, ohne Sprachkenntnisse, mit einem niedrigen Kulturniveau nicht akzeptiert, sollten vernünftige Politiker dies in praktische Lösungen umsetzen und die Migrationsströme entsprechend anpassen.«

Europas Rechte und Russland

Mit der extrem Rechten möchte Naval'nyj offiziell zwar nichts mehr zu tun haben, liebäugelt aber mit der Politik westlicher extrem rechter PolitikerInnen und Parteien wie Marine Le Pen und der NPD, die trotz ihrer Positionen einen Platz in der Demokratie hätten, so der Autor Filipp Piatov. Die Sympathien und Nähe beruhen auf Gegenseitigkeit. Europas Rechte wie »Alternative für Deutschland« (AfD), »Freiheitliche Partei Österreich« (FPÖ), »Front National« (FN, Frankreich) und die italienische »Lega«, suchen die Nähe zu Russland und zu der Regierung Putin. Grund für diese Nähe mag der gemeinsame Traum einer weltweiten »konservativen Revolution« sein, ein gemeinsames Einstehen gegen gesellschaftlichen Liberalismus, gegen eine vermeintliche Dekadenz und für eine homogene Autorität.
So empfängt die russische Regierung extrem rechte europäische Parteien, schließt Verträge mit ihnen (FPÖ) oder vergibt Darlehen in Millionenhöhe (FN). Bereits 2016 schloss »Einiges Russland« einen sogenannten Kooperationsvertrag mit der FPÖ, kurz darauf mit der »Lega«. Im März 2015 hatten sich auf Einladung der kremltreuen »Rodina-Partei« (»Heimat-Partei«) VertreterInnen mehrerer europäischer extrem rechter Parteien in St. Petersburg getroffen. Die rund 150 Mitglieder von Parteien wie der griechischen »Goldene Morgenröte«, der britischen »National Party« und der deutschen NPD berieten unter anderem darüber, wie »traditionelle Werte« von Familie und Christentum, für die auch Russlands Präsident Putin stehe, gefördert werden können. Naval'nyj hingegen warnte in seinem Blog vor einem solchen Treffen: »Die Faschisten verwandeln sich sehr schnell in Russlandfreunde und umgekehrt.«

Taktik und Strategie

Die Widersprüchlichkeit im Umgang mit FaschistInnen, keine Berührungsängste mit ihnen zu haben, aber vor ihnen zu warnen, wenn es politisch gerade genehm ist, verbindet wiederum Putin und Naval'nyj. Der russische Präsident selbst beziehungsweise seine Präsidialadministration gehen Bündnisse mit Ultrarechten aus Europa und Russland ein. »Kontrollierter« oder »gelenkter« Nationalismus nennt die Journalistin Ute Weinmann dieses Konzept: Der extremen Rechten wurden weitreichende Handlungsmöglichkeiten zugestanden, gleichzeitig gab der Kreml zu verstehen, einer etwaigen »faschistischen Bedrohung« durchaus mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen. 2010 wurde »Mein Kampf« auf Antrag der russischen Generalstaatsanwaltschaft als »extremistisch« eingestuft und der Handel damit verboten. Das Analysezentrum »Sova« interpretierte das Verbot als einen Versuch des Staates, ein vermeintlich härteres Vorgehen gegen den Rechtsextremismus vorzugaukeln. Das Verbot bleibe wirkungslos, da der Text sowieso im Internet verfügbar sei.
Dabei fällt von russischer Seite immer wieder das Argument, Russland könne schon allein deshalb keine faschistischen Züge annehmen, weil es im Großen Vaterländischen Krieg den Faschismus bekämpft und Europa von dieser Geißel befreit habe. So wurde zum Beispiel Eduard Limonov, Gründer der 2005 verbotenen »Nationalbolschewistischen Partei Russlands«, als Kandidat der Nachfolgepartei »Das andere Russland« nicht zur Wahl zugelassen. Der Gründungskongress seiner neuen Partei »Das andere Russland« im Juli 2010 wurde von AktivistInnen der regierungstreuen Jugendorganisation »Naši« mit Plakataufschriften wie »Gründungskongress einer faschistischen Partei« gestört. Andererseits hat Aleksandr Dugin, bei westeuropäischen FaschistInnen gern gesehenes ehemaliges Parteimitglied der »Nationalbolschewistischen Partei« und ein Ideologe des sogenannten »Eurasischen Raumes«, Zugang zum Kreml.
Naval'nyjs Fans sind sehr jung – überwiegend Studierende und SchülerInnen. Grund hierfür mag auch das Maskottchen sein – die gelbe Quietscheente, die als Symbol für die korrupten Eliten stehen soll. Auf dem Datschengrundstück des Ministerpräsidenten Dmitrij Medvedev soll es ein Entenhaus von der Größe einer Villa geben, Aufnahmen hiervon hat Naval'nyj in seinem Blog veröffentlicht.
Diese Jugendlichen kennen keine andere regierende Partei als »Einiges Russland«. Sie leben unter einem Präsidenten, der zunehmend autokratisch agiert. Und die einzige wahrnehmbare Opposition ist eine nationalistische – nicht die besten Voraussetzungen für die politische Sozialisation einer gesamten Generation

#UK

»Identitär« auf Britisch

Seit fast einem Jahr existiert ein Ableger der neurechten »Identitären Bewegung« in Großbritannien. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten hat sich die Gruppe unter neuer Führung und mit Hilfe aus dem Ausland zu einem Player in der extremen Rechten auf der Insel entwickelt.

von Simon Volpers

Die »Identitäre Bewegung« (IB) ist in Großbritannien angekommen. Zwar brauchte es einige Jahre länger als auf dem europäischen Festland, doch mittlerweile scheint sich die »Generation Identity« (GI), wie das britische Pendant sich nennt, zu etablieren. Ihr Vorgehen ähnelt in großen Teilen dem ihrer kontinentalen Schwesterorganisationen: Eine hohe Social-Media-Präsenz, möglichst öffentlichkeitsheischende Aktionsformen sowie ein hipper Corporate-Identity-Look sorgen trotz kleiner Mitgliederzahl für große Aufmerksamkeit. Die »Sunday Times« schrieb unlängst geradezu erstaunt über das auf der Insel neue Phänomen: »Bürgerlich und wortgewandt, mit Skinny Jeans und New-Balance-Turnschuhen anstelle von Bomber-Jacken und Stiefeln.«

Dabei sah es zunächst danach aus, als würde das Projekt auf der Insel floppen. Seit Anfang 2017 existieren Internet-Auftritte der »Generation Identity United Kingdom and the Republic of Ireland«, doch im Herbst waren erstmals Offline-Aktivitäten der Gruppe zu verzeichnen. Ihr offizieller Launch fand am 23. Oktober 2017 statt, als ein knappes Dutzend »Identitäre« am Geländer der Westminster Bridge in London ein großes Transparent mit der Aufschrift »Defend London, stop Islamisation« entrollte. Die Brücke im Stadtzentrum war ein halbes Jahr zuvor Schauplatz eines islamistischen Attentats gewesen.

Die Aktion verfehlte jedoch die beabsichtige Wirkung deutlich, britische Medien nahmen davon kaum Notiz. Vielmehr geriet die GI im Rahmen einer Fernsehreportage in den Fokus, die unter dem Titel »Undercover: Inside Britain's New Far Right« ausgestrahlt wurde, in der unter anderem der damalige GI-Co-Chef Jordan Diamond als Vertrauter von Anne Marie Waters porträtiert wurde. Waters gründete »Pegida UK« sowie die extrem rechte Kleinpartei »For Britain« nach erfolgloser Kandidatur für den Vorsitz der rechtspopulistischen »UK Independence Party« (UKIP). GI-Angehörige fallen in dem Beitrag durch krude Theorien über das Verschwinden der »Weißen« in Europa auf. Diamond und sein Partner an der Spitze der Gruppe, Sebastian Seccombe, zogen sich nach der Veröffentlichung zunächst zurück.

Was die Reportage außerdem belegt, ist die Führungsrolle kontinentaleuropäischer »Identitärer« bei der Initialisierung des britischen Ablegers. Insbesondere der österreichische IB-Aktivist Martin Sellner tat sich hierbei hervor. Er sieht das Engagement auf der Insel scheinbar als Eintrittskarte für den angelsächsischen Raum: Nicht wenige seiner Videos produziert der notorische »Vlogger« inzwischen auf Englisch. Im Rahmen seines London-Aufenthalts sprach er am 21. Oktober auch auf der prestigeträchtigen Konferenz des rechten Think-Tanks »Traditional Britain Group«. In dieses Bild passt außerdem Sellners Beziehung zur US-amerikanischen »Alt-Right«-Aktivistin Brittany Pettibone.

Ein neuer Chef

Nachdem der Startschuss für die GI weniger spektakulär verlief als erhofft, änderte sich dies mit dem Wechsel an der Führungsspitze der Gruppe. Der in London lebende Norweger Tore Rasmussen übernahm etwa ab dem Jahreswechsel die Koordination der Aktivitäten. Seither organisierte die GI eine Vielzahl an Aktionen, die sie zunehmend in den Fokus von AntifaschistInnen rückten und zum Teil mediale Öffentlichkeit erhielten. Im Dezember verkleidete sich ein Mitglied als Londons muslimischer Bürgermeister Sadiq Khan und sammelte Unterschriften für die Abschaffung des Weihnachtfests. Ihm zur Seite standen zwei vollverschleierte Personen. Mehrmals inszenierte die GI Verteilaktionen von schweinefleischhaltigem Essen an nicht-muslimische Obdachlose. In die im März dieses Jahres im Land aufkommende Empörung über einen Missbrauchsskandal in Telford bei Birmingham versuchte die Gruppe mit rassistischer Stimmungsmache zu intervenieren. Hinzu kommen zahlreiche Flugblatt- und Transparent-Aktionen.

Die bisher größte Aufmerksamkeitswelle erreichte die GI freilich mit Beihilfe aus dem Ausland. Nachdem ein Auftritt von Martin Sellner bei einer Veranstaltung der »Young Independence«, der UKIP-Nachwuchsorganisation, bereits zum zweiten Mal durch öffentlichen Druck verhindert wurde, wollte Sellner am 11. März 2018 in der berühmten

»Speaker's Corner« des Londoner Hyde Parks eine Rede zum Thema »Meinungsfreiheit in der modernen Welt« halten. Doch britische Behörden verweigerten Sellner sowie Pettibone kurzerhand die Einreise. Die »Identitären« gerierten sich daraufhin als Opfer einer vermeintlichen Meinungsdiktatur und hielten ihre Veranstaltung, begleitet von antifaschistischem Protest, dennoch ab. In Österreich und in Ungarn wurden Solidaritätsbekundungen von örtlichen »Identitären« organisiert. Zumindest die bizarre Anekdote vom leidenschaftlichen Anti-Migrations-Aktivisten Sellner im britischen Abschiebegewahrsam sorgte für Medienecho.

Gemeinsam mit Tommy Robinson

Eine Woche später kam es zur Neuauflage: Stephen Yaxley-Lennon alias Tommy Robinson, ehemaliger Anführer der anti-muslimischen Hooligan-Vereinigung »English Defence League«, ebenfalls »PEGIDA UK«-Gründer und inzwischen Medienaktivist beim rechten Online-Magazin »Rebel Media«, trug statt des festgesetzten Sellner dessen Rede in der »Speaker's Corner« in einem inszenierten Akt des Widerstands vor. GI-Mitglieder flyerten im Umkreis der Veranstaltung, bei der es vereinzelt zu Gewalttätigkeiten gegenüber GegendemonstrantInnen kam.

Beide Gelegenheiten machten die Verankerung der GI im rechten bis extrem rechten Milieu deutlich. Es waren jeweils Anhänger der »Football Lads Alliance« zugegen, einer Gruppe, die als selbsternannte Bewegung gegen Extremismus entstand, vor allem aber durch rassistische Agitation und Kontakte zu langjährigen Aktivisten der rechten Szene von sich reden machte. Sie ähnelt den deutschen »Hooligans gegen Salafisten« und brachte mehrere zehntausend Menschen auf die Straße, erscheint mittlerweile aber zunehmend in Auflösung begriffen.

Auch die Liaison mit Tommy Robinson spricht Bände. Aufgrund seiner Medienarbeit ist er gegenwärtig einer der prominentesten Akteure der extremen Rechten Großbritanniens. Als er Ende Mai zum wiederholten Male verbotenerweise live von einem Gerichtsprozess berichtete und anschließend verhaftet wurde, erreichte eine Petition, die seine Freilassung forderte, in weniger als einer Woche mehr als eine halbe Million UnterstützerInnen. Robinson traf sich mehrfach mit Identitären, diese wiederum besuchten unter anderem den von ihm organisierten »Day for Freedom« am 6. Mai 2018. Der 35-Jährige wurde zwischenzeitlich als möglicher Leiter der GI gehandelt.

Das scheint allerdings inzwischen der 23-jährige Tom Dupre zu sein. Er trug an Sellners Stelle die Rede im März vor und wurde für dessen »Vlog« ausführlich interviewt. Dupre wird vor allem unterstützt vom Londoner Charlie Fox und dem Nordengländer Benjamin Jones. Für Irland und Nordirland zuständig ist die 38-jährige Deirdre McTucker alias Damhnait McKenna. Das interessanteste GI-Mitglied dürfte aber Jake Bewick aus Sheffield sein. Er nahm nach Angaben der Antirassismus-Organisation »Hope Not Hate« noch 2016 an einer Demonstration der »National Action« teil, die im selben Jahr als terroristische Gruppe verboten wurde.

Nicht erfolgreich

Dass die britische Sektion inzwischen einige Wertschätzung erfährt, bewies die Ausrichtung einer europaweiten Konferenz der IB am 14. April dieses Jahres durch die GI. Allerdings geriet auch diese Veranstaltung nicht zuletzt aufgrund antifaschistischer Intervention zu einem weiteren Desaster. Das Treffen unter dem Titel »European Reunion« war mit markigen Worten angekündigt, erlebte aber bereits vor Beginn einige Dämpfer. Dem als Sprecher angekündigten Martin Sellner und dem ungarischen Identitären Ábel Bòdi wurde am Tag zuvor die Einreise ins Land verwehrt. Für die mit feministischer Symbolik kokettierende »#120-Dezibel-Kampagne« sollte aus Deutschland Annika Franziska Stahn von der IB Schwaben anreisen. Stattdessen sprach Freya Honold von der IB Dresden, die wie Stahn Autorin des antifeministischen Blogs »radikal feminin« ist.

Obwohl der Ort der Zusammenkunft durch die GI nicht bekannt gegeben wurde, veröffentlichte »Hope Not Hate« bereits am Mittag des Konferenztages die Adresse. Anstatt sich, wie angekündigt, in London zu treffen, geschah dies in einem Stadtteilzentrum in Sevenoaks in der Grafschaft Kent, fast 50 Kilometer von London entfernt. Dort mussten dann die Identitären ihre Sachen packen, nachdem bekannt wurde, wer sich eingemietet hatte. Auch in einem nahegelegenen Pub, in den die Gruppe anschließend einkehrte, wurde sie bald wieder vor die Tür gesetzt. Zwar versuchte die GI die Konferenz im Nachhinein als Erfolg zu verkaufen, in der für sie so wichtigen Öffentlichkeit standen sie aber als die Verlierer des Tages da.

Nichtsdestotrotz tut die britische Linke gut daran, die GI nicht zu unterschätzen. Innerhalb nicht einmal eines Jahres haben es die wenigen Mitglieder unter großem persönlichen Einsatz geschafft, sich als derzeit aktivste Gruppe der extremen Rechten auf der Insel einzurichten. Sie verstehen es, eine modernisierte Alternative zum herkömmlichen britischen Nationalismus mitsamt seinen rassistischen Ressentiments zu bieten, der an Schlagkraft zu verlieren drohte, nachdem er im »Brexit«-Votum einen demokratischen Ausdruck fand. In diesem Sinne füllt die GI die Lücke zwischen UKIP und einer Vielzahl an extrem rechten Kleinparteien, den offen rassistischen bis neonazistischen Schlägergangs aus dem Hooligan-Milieu und Untergrund-Organisationen wie »National Action«. Und schließlich verschiebt sie auch den Diskurs: In hippem Gewand ethnisiert sie die Debatte um MigrantInnen und Muslime, die in Großbritannien bisher eher eine Debatte um differente Kulturen gewesen ist.



#NaziTerror

Atomarer »Race War«?

von Lea Jehlen

Martialischer geht es kaum. Unterlegt von kämpferischer Musik marschieren vermummte Neonazis. Ein schwarzgekleideter Sprecher mit Totenkopfmaske verkündet vor einer Hakenkreuzflagge: »Der Nationalsozialismus lebt trotz einer ganzen Welt, die ihn zerstören will.« Und weiter: »Wir bereiten uns auf den langen, letzten Kampf in Trümmern vor, der bald kommen wird. Die Messer werden schon gewetzt!« Schließlich legt ein maskierter Mann ein Magazin in eine Pistole ein, lädt sie durch und hält sie in die Luft.

Das Video, das seit Anfang Juni 2018 im Netz kursiert, mag, eventuell sogar zu Recht, wie das militante Gehabe einiger durchgeknallter Neonazis wirken, die sich etwas davon versprechen, eine möglichst kämpferische Filmbotschaft zu verbreiten. Solche Filmchen, schnell gedreht und zusammengeschnitten, kursieren in rauen Mengen im Netz. Aufmerken lässt, dass es für eine rechtsterroristische Gruppierung wirbt, die in den USA mit blutigen Taten von sich reden gemacht hat: Die »Atomwaffen Division« (AWD). »Deutsche Freiheitskämpfer, folgt der Atomwaffen Division«, fordert der Anonyme im Film, der einen Kapuzenpullover mit dem Emblem der Gruppe trägt – dem Logo für Kernenergie auf einem Wappen – und verliest auf Englisch eine Grußbotschaft an die »wahren Kameraden der Atomwaffen Division«.

In dem Video finden sich einige Hinweise, welchem Milieu sich die Neonazis zugehörig fühlen: In der Eingangsszene wird eine Demonstration der 2012 verbotenen neonazistischen »Unsterblichen« gezeigt. Durch das nächste Bild marschieren Neonazis, vermutlich aus der Kameradschaftsszene, da sie Flaggen mitführen, auf denen ein Hammer mit einem Schwert gekreuzt ist – eine Reminiszenz an den Strasser-Flügel der NSDAP, die gerne von »Freien Nationalisten« verwendet wird. Am Ende posiert ein Aktivist mit einer AWD-Fahne vor der ostwestfälischen Wewelsburg, die während der NS-Zeit von Himmler für die SS genutzt wurde und seit Jahrzehnten ein Anziehungspunkt für Neonazis ist.

Die AWD in den USA

Die AWD, die gerne mit Totenkopfmasken auftritt, ist eine US-amerikanische Neonazigruppe innerhalb der breit gefächerten »White Supremacy«-Szene (»Weiße Vorherrschaft«). Durch ihre extreme Gewaltverherrlichung und ihren ausgesprochenen Rassismus und Antisemitismus positioniert sie sich selbst innerhalb der »Alt-Right«-Bewegung am äußersten rechten Rand. Ende 2015 entstanden, besteht die AWD nach den Erkenntnissen des »Southern Poverty Law Centers« (SPLC), einer antirassistischen US-Organisation, vor allem aus jungen Männern, die sich über das neofaschistische »Iron March Forum« zusammengefunden haben. Der geographische Fokus liegt auf dem Süden der USA, vor allem Florida, und der Ostküste. Wie gut die »Atomwaffen Division« in den USA tatsächlich organisiert ist, scheint unklar. BeobachterInnen sprechen von rund 80 Mitgliedern und einem Netz an Zellen, das dem Prinzip des »leaderless resistance« (»Führerloser Widerstand«) folgt.

Im November 2015 begannen die AWD-Aktivisten Brandon Clint Russell und Devon Arthurs, Propagandaflyer an der Universität von Florida zu verbreiten, weitere Aktionen an anderen Universitäten folgten. Zudem wurden Trainingslager durchgeführt und Anhänger der Gruppe nahmen an rassistischen Demonstrationen und Kundgebungen teil.

Die AWD versteht sich als explizit nationalsozialistisch und kultiviert ihren Hass auf Schwarze, MigrantInnen, JüdInnen und Homosexuelle mit krassen Gewaltfantasien, wie aus den Website-Eintragungen und den Forumsbeiträgen der Gruppenanhänger hervorgeht. Als ideologisches Fernziel steht der »Rassenkrieg« (»Race War«), eine kalkulierte Gewalteskalation gegen verhasste Minderheiten, die schlussendlich zum Bürgerkrieg und zum Triumph der »Weißen« führen soll. Auch sind bei den Äußerungen der AWD-Gefolgschaft deutliche misanthrope Töne zu hören. So schrieb Brandon Russell anlässlich des Massa-





kers in einem überwiegend von LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual, Trans) besuchten Nachtclub in Orlando (Florida) im Juni 2016 im »Iron March Forum«: »Ich hasse es, von ‹Unschuldigen› zu hören. Es gibt keine Unschuldigen in dieser widerwärtigen modernen Welt.«
Ideologische Einflüsse der Gruppe lassen sich auf US-amerikanische Neonazis wie James Mason, Joseph Tommasi (»National Socialist Liberation Front«) und William Pierce, Autor der »Turner Diaries«, zurückführen. Aber auch Charles Manson, Anführer der sektenähnlichen »Manson Familiy«, die 1969 sieben Menschen ermordete, zählt zu den Vorbildern. Manson, der Ende 2017 im Gefängnis starb, hatte schon in den 1960er Jahren zu einem »Race War« aufgerufen.

Eine Serie von Gewalttaten

Die AWD wurde nach einer Serie von Gewalttaten öffentlich wahrgenommen. Im Mai 2017 stürmte Devon Arthurs einen Tabakladen in Florida und nahm mehrere Menschen als Geiseln. Als die Polizei eintraf, ergab er sich und enthüllte ein schreckliches Verbrechen: Er habe zwei seiner Mitbewohner in der gemeinsamen Wohnung ermordet. Das Motiv: Arthurs sei zum Islam konvertiert und die beiden jungen Männer, ebenfalls Neonazis, hätten dies nicht akzeptiert. Tatsächlich fand die Polizei die Leichen der beiden in dem Apartment und traf auch auf den vierten Mitbewohner, Brandon Russell. Außerdem stellten die BeamtInnen diverses Material zum Bombenbau sicher, das Russell gehörte. Arthurs befindet sich zur Zeit in einer psychiatrischen Klinik, wo er auf seinen Mordprozess wartet. Russell sitzt für den Bombenbau eine fünfjährige Haftstrafe ab. Er gilt als Fan des Bombenlegers von Oklahoma City, Timothy McVeigh, da die Polizei ein gerahmtes Foto von McVeigh auf seiner Kommode fand.
Im Dezember 2017 erschoss der 17-jährige Nicholas Giampa in Virginia die Eltern seiner Ex-Freundin. Sie hatten wegen seiner extrem rechten Einstellung darauf eingewirkt, dass sich das Mädchen von ihm trennte. Giampa war kein Mitglied der AWD, fühlte sich aber zu der Gruppe hingezogen, wie seine Posts in sozialen Medien belegen.
Im Januar 2018 wurde in Kalifornien die Leiche eines 19-jährigen Studenten gefunden: Blaze Bernstein, ein homosexueller Jude, ermordet mit zwanzig Messerstichen. Als dringend Tatverdächtigen nahm die Polizei Sam Woodward fest, einen ehemaligen Mitschüler Bernsteins. Woodward gehörte ebenfalls der »Atomwaffen Division« an und wartet nun auf seinen Prozess. Die Tat ist bisher nicht vollständig aufgeklärt, die Polizei sagt, über das Motiv habe sie noch keine endgültigen Erkenntnisse.
Diese Morde sollten nicht als eine geplante und kalkulierte Strategie einer rechtsterroristischen Gruppe interpretiert werden, sondern vielmehr als Taten von Neonazis, für die extreme Gewalt – bis hin zum Mord – ein legitimes Mittel darstellt. Wer online und in der »echten Welt« immer wieder Gewalt verherrlicht, an Militärübungen teilnimmt und Waffen sammelt, für den ist der ideologisch begründete Schritt zur Tat nicht mehr so groß. Der Name »Atomwaffen Division« sowie das gewählte Logo für Kernenergie können daher als bedingungsloser Vernichtungswille interpretiert werden.

Und in Deutschland?

Es wäre nicht das erste Mal, dass deutsche Neonazis Terrorstrategien aus den USA übernommen hätten. Gerade in den 1990er und 2000er Jahren machten die »Turner Diaries« in der Szene die Runde; auch das Konzept von »leaderless resistance« wurde nicht nur debattiert, sondern vom NSU auch umgesetzt. Die rechtsterroristische US-Gruppe »The Order«, die in den 1980er Jahren mehrere Menschen umbrachte und Banküberfälle beging, hatte nachweislich großen Einfluss auf die terroraffine Szene in Deutschland.
Dennoch wäre es verfrüht, bei der deutschen »Atomwaffen Division« von einer existierenden rechtsterroristischen Gruppe zu sprechen. Bisher ist die vermeintliche oder tatsächliche Gruppe außer in dem Video nicht in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten. Ein solches Video bezeugt weder die Bereitschaft, terroristische Taten auch tatsächlich zu begehen, noch die erforderlichen Kenntnisse.
Allerdings kann eine Art »Grundrauschen« – in diesem Fall ein unverhohlener Aufruf zu Terrorakten – ein Indiz dafür sein, dass in der extrem rechten Szene eine Affinität zu rechtsterroristischer Gewalt existiert, vor allem im Kontext eines allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsrucks und steigender Zahlen extrem rechter Gewalt. Selten entstehen rechtsterroristische Gruppen »aus dem Nichts«. Selbst wenn die selbsternannten AWD-AnhängerInnen nicht zur Tat schreiten werden, kann ein solcher Aufruf motivierend und inspirierend auf andere wirken

JN vernetzt europäische Neonazis

Riesa. Am 11. und 12. Mai 2018 fand auf dem Gelände des extrem rechten Verlages »Deutsche Stimme« der Europakongress der »Jungen Nationalisten« (JN) statt. Das Treffen wurde in diesem Jahr zum dritten Mal veranstaltet und stand unter dem Motto »[RE]generation Europa«. Nach Veranstalterangaben nahmen etwa 250 Personen teil, darunter auch Neonazis aus Griechenland, Tschechien, Rumänien, Serbien, Finnland, Italien, Kroatien, Russland, Bulgarien, Spanien und der Ukraine. Sascha Roßmüller (NPD) las aus seinem Buch »Europa contra EU: Los von Brüssel«, danach stellten sich VertreterInnen der angereisten Organisationen »Democracia Nacional« (Spanien), »Trzecia Droga« (Polen), des »Nationalen Korps« (Ukraine), der »Dělnická mládež« (Tschechien) sowie der »Nationalen Front« (Griechenland) vor. Am zweiten Tag sprachen VertreterInnen der »Lotta Studentesca« (Italien), der »Forza Nuova« (Italien) und der »Serbischen Aktion«; weitere Organisationen waren mit Info-Ständen vertreten. Als RednerInnen traten Thorsten Heise (NPD), Ivan Bilokapić, Tomislav Sunić, Olena Semenyaka und Frank Kraemer auf.

Anklage gegen »Identitäre«

Graz / Österreich, Paris / Frankreich. Am 14. Mai 2018 hat die Staatsanwaltschaft Graz bekannt gegeben, Anklage gegen 17 VertreterInnen der »Identitären Bewegung Österreich« erhoben zu haben. Unter anderen muss sich Martin Sellner vor Gericht verantworten. Die Anklage lautet auf Verhetzung, Bildung einer kriminellen Vereinigung, Sachbeschädigung und Nötigung. Konkret benennt die Staatsanwaltschaft die Initiierung von vier Aktionen im Zeitraum 2016 bis 2017, die anschließend über soziale Netzwerke verbreitet wurden. Darüber hinaus wird der 2012 gegründete »Verein zur Erhaltung und Förderung der kulturellen Identität« ins Visier genommen und dessen Vereinszweck als kriminell eingestuft, da er Mitglieder zur Verhetzung und Sachbeschädigung anstifte. Zudem dienten die Aktionen dazu, die Erlöse des 2016 gegründeten Versandhandels »Phalanx Europa« zu steigern. Der Strafrahmen für die Bildung einer kriminellen Vereinigung kann bis zu drei Jahren betragen. In Frankreich wurden zwei Strafverfahren gegen »Identitäre« wegen der »Aneignung einer öffentlichen Funktion« eröffnet. Der Vorwurf bezieht sich auf eine Aktion Ende April, bei der VertreterInnen der »Génération Identitaire« den Col de l'Echelle, einen Pass zwischen Frankreich und Italien, erklommen und dort ein Transparent mit der Aufschrift »Kein Durchgang – geht zurück in euer Herkunftsland« entrollt hatten. Außerdem gaben sie an, MigrantInnen dem Grenzschutz übergeben zu haben.

Neonazi-Gedenk-Konzert

Rom/ Italien. Am 26. Mai 2018 hat erneut ein Gedenk-Konzert für vier bei einem Autounfall ums Leben gekommene Neonazis stattgefunden. Ausgerichtet wurde das zweitägige Festival von der Skinhead-Gruppe »SPQR«, die dem italienischen »Blood&Honour«-Netzwerk zugerechnet wird. Am Freitagabend wurden Balladen der US-amerikanischen Band »Bound for Glory« dargeboten, die auch am folgenden Tag spielte. Als weitere Bands waren »Die Lunikoff Verschwörung«, »Nativi«, »Ultimum« und »Sangue ribelle« angekündigt.

»Azov«

Kiew / Ukraine. Am 7. Juni 2018 haben Mitglieder der »National Druzhyna« ein Roma-Camp im Kiewer Holosiyivskiy-Park zerstört. »National Druzhyna« ist eine im Januar 2018 von Veteranen des faschistischen »Regiments Azov« gegründete Miliz. Der Überfall war der vierte seit Mitte April auf von Roma bewohnte Camps in der Ukraine. Am 23. Juni 2018 wurde in der West-Ukraine nahe der Stadt Lwiw erneut ein Roma-Camp angegriffen. Bei diesem Überfall wurde ein Mensch durch die Angreifer getötet.
Halle-Saale. Am 8. Juni 2018 war Olena Semenyaka, Koordinatorin der Abteilung für Internationale Beziehungen von »Azov Reconquista« des »Regiments Azov«, zu Gast bei »Kontrakultur«. Der Ableger der »Identitären Bewegung« hatte zu einem »Ukrainischen Abend« geladen. Semenyaka referierte über »Identität, Geopolitik, Perspektiven«. Die Veranstaltung fand im Rahmen des »Flamberg« genannten Hausprojekts der »Identitären Bewegung« statt.

Jahrbuch rechte Gewalt 2018

von Fabian Kunow



Gäbe es eine Bundesliga der FachjournalistInnen zur extremen Rechten, Andrea Röpke würde in der Ersten Liga spielen. Nun ist von ihr der zweite Jahrgang des »Jahrbuchs rechte Gewalt« erschienen. Der Titel trügt aber ein wenig. Vermutlich ist dieser dem herausgebenden »Knaur Verlag« geschuldet. Wer kauft schon in der Bahnhofsbuchhandlung mitten im Jahr 2018 ein Buch, auf dessen Cover groß 2017 draufsteht. Das vorliegende »2018 Jahrbuch rechte Gewalt – Hintergründe, Analyse und die Ereignisse 2017« umfasst die Monate Oktober 2016 bis Ende September 2017. Es enthält abwechselnd immer eine Monat-Chronologie rechter und rassistischer Übergriffe und ein reportagenartiges Kapitel zu einem Phänomen der extremen Rechten. Alle dieser ausformulierten Beiträge haben ein/e Co-AutorIn, die in der Regel im Magazin »der rechte rand« (drr) schreiben. So dürften drr-Lesenden sehr viele der verarbeiteten Informationen bekannt sein. Am auffälligsten ist dies im ersten Reportagenkapitel zum Verhältnis der »Neuen Rechten« und der »Identitären Bewegung«. Die Herausgeberin und die AutorInnen werden so der ChronistInnenpflicht gerecht. Auf den ersten Blick wirkt das zweite Reportagenkapitel in einem Jahrbuch zu »Ereignissen 2017« wenig schlüssig. Es geht um den Bombenanschlag in Düsseldorf-Wehrhahn im Jahr 2000. Aufhänger ist der zur Zeit immer noch laufende Prozess gegen Ralf S. Es entsteht daher der Eindruck, alle Infos, die es über die Düsseldorfer Neonazi-Szene gibt, würden quasi recycelt. Freilich werden die anderen Kapitel dem Anspruch eines Jahrbuches mehr als gerecht. Es werden abgeschlossene Großverfahren gegen Neonazis in Erinnerung gerufen und hinsichtlich der Motive und der Biografien der Täter miteinander verglichen. Des Weiteren wird die Reichsbürgerbewegung analysiert. Auch der RechtsRockbereich mit dem neonazistischen »Mega-Konzert« in Themar wird dargestellt. Hier findet sich auch das eine oder andere spannende Detail, das in der allgemeinen Presseberichterstattung nicht zu finden war.

Andrea Röpke: 2018 Jahrbuch rechte Gewalt. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2017. Chronik des Hasses. München 2018, Knaur Verlag, 384 Seiten, 12,99 Euro.

Kein Schlusswort

von Ernst Kovahl



Der Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder und UnterstützerInnen der Neonazi-Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) geht seinem Ende entgegen. 2011 war aufgeflogen, dass in den Jahren zuvor eine Gruppe Neonazis eine rassistische Mord- und Anschlagserie sowie Überfälle begangen hatte. Die ErmittlerInnen schlossen bis dahin ein rechtes Motiv der Taten aus und ermittelten – zu Unrecht – vor allem im Umfeld der Opfer. Die deutschen Geheimdienste hatten die Neonazigruppe mit Spitzeln umstellt und behaupten dennoch, von nichts gewusst zu haben. Einzig Opfer-Angehörige gingen davon aus, dass die TäterInnen in der Neonazi-Szene zu suchen seien. In einem Mammut-Prozess vor dem Oberlandesgericht München wurden die Taten verhandelt. Doch umfassende Aufklärung wurde durch das Gericht nicht geleistet. Es waren vor allem NebenklägerInnen und ihre AnwältInnen, die sich bemühten, die rassistischen und rechten Tatmotive und das Handeln staatlicher Stellen zu durchleuchten.
Der Titel des Buches »Kein Schlusswort« verweist auf das uneingelöste Versprechen umfassender Aufklärung. Im Vorwort kritisiert Anwalt Wolfgang Kaleck mangelnden Aufklärungswillen des Gerichts, die lange Verfahrensdauer und einen zu kleinen Kreis an Angeklagten. Er kritisiert auch die intransparenten und unkontrollierten Geheimdienste, ihr Agieren sei »fatal«. Er wirft dem Staat vor, Aufklärung über die Hintergründe der Taten, die erfolglosen und falschen Ermittlungen und das Agieren der Dienste verweigert zu haben. Im Mittelpunkt des Buches stehen die Plädoyers, Einschätzungen und Eindrücke des Prozesses von acht VertreterInnen der NSU-Nebenklage und von vier vom NSU-Terror Betroffenen. Die Beiträge durchziehen der kritische Blick auf Rassismus als Triebkraft rechten Terrors und der kritische Blick auf den Staat. Eine Bilderserie von Mark Mühlhaus zeigt zwölf Tatorte des NSU.
Das Buch versteht sich als »Gegenerzählung« zur Prozessführung von Bundesanwaltschaft und Gericht. In die veröffentlichten Plädoyers flossen auch eigene Recherchen der NebenklägerInnen, kritischer JournalistInnen, der Untersuchungsausschüsse sowie antirassistischer und antifaschistischer Initiativen und Medien ein. Das Buch ist ein wertvoller Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex und zeigt: Es gibt unzählige offene Fragen.

Antonia von der Behrens (Hg.): Kein Schlusswort. Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützernetzwerk. Plädoyers im NSU-Prozess.Hamburg 2018, VSA Verlag, 328 Seiten, 19,80 Euro.

Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz

von Paul Wellsow



Seit sieben Jahren wissen wir um die Morde und Anschläge der Neonazi-Terrorgruppe NSU. Vor etwa 25 Jahren begann deren Geschichte in Thüringen. Die mutmaßlichen, späteren, rassistischen Mörder terrorisierten Menschen, verübten erste Anschläge – und wurden Teil der organisierten Neonazi-Szene rund um den »Thüringer Heimatschutz«. Eine Szene, die von Geheimdienst-Spitzeln durchsetzt war. Auch der NSU war, das ist heute klar, von V-Leuten umstellt. Doch gewusst haben die Dienste angeblich nichts, das behaupten ihre VertreterInnen bis heute in Untersuchungsausschüssen.
Der emeritierte Berliner Professor für Politikwissenschaften und Experte für Neonazismus und die extreme Rechte, Hajo Funke, zieht Bilanz. In seinem Buch »Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz« stellt er den Behörden ein vernichtendes Urteil aus. Den Fall des NSU wertet er als »Staatsaffäre«. Ein wichtiger Baustein des Versagens der Geheimdienste sei das Führen von bezahlten Spitzeln, meint Funke. Er erläutert das ausführlich an verschiedenen Beispielen aus dem Neonazismus und beleuchtet auch das Wirken von Spitzeln in der radikalen Linken und dem Islamismus.
In fünf Kapiteln und auf 240 Seiten beleuchtet Funke das Thema – kenntnisreich, zugespitzt und gut zu lesen. Am Anfang steht eine ausführliche Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse in Sachen NSU aus Berichten der Untersuchungsausschüsse,

eigenen Nachforschungen, Antifa-Recherchen und Akten der Behörden. Er zeigt, was die Ämter über die abgetauchten Täter, ihre Taten und ihre HelferInnen wussten – auch wenn sie sich gerne hinter Nichtwissen verschanzten. Funke zeigt nicht nur die Entstehung der Szene und das Handeln der Behörden auf, sondern nennt ungeklärte Fragen und – das ist wichtig! – geht ausdrücklich ein auf das Leid der Opferfamilien und den Rassismus als Antrieb der rechten Täter. Funkes Kritik bleibt nicht im Detail, sie ist grundsätzlich – und sie beleuchtet Kontinuität staatlichen Handelns über Jahrzehnte. Er attestiert den Verfassungsschutzbehörden der Bundesrepublik eine »Unkontrollierbarkeit«, die »unserem Verfassungsverständnis zuwiderläuft«. Seine Forderung ist ganz klar: »Ziel müsste meines Erachtens die Auflösung des Inlandsgeheimdienstes in der bisherigen Form sein.«

Hajo Funke: Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz. Staatsaffäre NSU: Das V-Mann-Desaster und was daraus gelernt werden muss. Hamburg 2017, VSA Verlag, 240 Seiten, 16,80 Euro.

Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland

von Sascha Schmidt

Der wissenschaftliche Sammelband »Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland« analysiert unterschiedliche Formen von Rassismus, Antisemitismus sowie der extremen Rechten und setzt sich mit bildungspolitischen Ansätzen zum Umgang damit auseinander.



Gegliedert ist das Buch in zwei thematische Abschnitte. Der – zwei Drittel des Buches umfassende – erste Abschnitt beschäftigt sich mit historischen und aktuellen Entwicklungen der genannten Phänomene in Deutschland. Fabian Virchow und Wolfgang Gessenharter setzen sich zunächst mit theoretischen Begriffen, Strategien und Einflusssphären der extremen beziehungsweise »Neuen Rechten« auseinander. Es folgen Beiträge zu aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen im Kontext von Antisemitismus (von Micha Brumlik), Alltagsrassismus und Rechtspopulismus (von Astrid Messerschmidt), antimuslimischem Rassismus (von Iman Attia) sowie dem völkischen Rassismus innerhalb der »Deutschen Burschenschaft« (von Alexandra Kurth).
Daran anschließend beschreiben Eva Groß und Andreas Hövermann kollektive Abwertungen, Ausgrenzungen und Rassismus sowie deren Verankerung in der ‹Mitte der Gesellschaft› vor dem Hintergrund der Ökonomisierung der Gesellschaft als »marktförmigen Extremismus«. Schließlich beleuchten Rania Bednaschewsky und Lina Supik die behördliche, statistische Erfassung von »Personen mit Migrationshintergrund« und die daraus hervorgehenden rassifizierenden Stigmatisierungen und gesellschaftlichen Ausschlüsse.
Der Schwerpunkt des zweiten Abschnitts liegt auf pädagogischen Handlungsfeldern. Darin zeigen Katharina Höfel und Jens Schmidt Möglichkeiten zur Prävention und Intervention gegen rechte Orientierungen im Kontext Bildung und Erziehung auf; Heike Radvan fordert eine geschlechterreflektierende Haltung in der pädagogischen Praxis im Rahmen der Auseinandersetzung mit »Rechtsextremismus«; zudem zeigt Mechthild Gomolla die Notwendigkeit sowie Perspektiven für eine diskriminierungskritische Erziehung in der Institution Schule auf.
Ergänzt werden die durchweg erkenntnisreichen Texte durch Interviews mit Seda Başay-Yildiz und Carsten Ilius über ihre Rolle als NebenklagevertreterInnen im NSU-Prozess sowie mit Esther Bejarano und Kutlu Yurtseven über ihr Engagement gegen Rassismus.

Gomolla, Mechthild / Kollender, Ellen / Menk, Marlene (Hg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland – Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen. Weinheim – Basel 2018, Beltz-Juventa, 292 Seiten, 29,95 Euro.

»Weltbürgertum statt Vaterland«

von Margarete Schlüter

Die diesjährige Verleihung des Musikpreises »Echo« an die Rapper Kollegah und Farid Bang in den Kategorien »Album des Jahres« und »Hip-Hop/Urban National« wurde begleitet von einer Debatte um Antisemitismus.



Es ist die Popularität der beiden Künstler, die viele hellhörig werden ließ. Vor allem im RechtsRock ist Antisemitismus seit Jahrzehnten elementarer Bestandteil, wie Timo Büchner in seiner Publikation »Weltbürgertum statt Vaterland« herausgearbeitet hat. RechtsRock bezieht sich dabei nicht ausschließlich auf das Genre des Rock. Er kommt zum Tragen, wenn eine »politisch extrem rechte Botschaft« vermittelt wird. Und diese findet sich im Rock, im Hardcore, in Balladen, in Black Metal und im HipHop/Rap wieder. Mit diesen unterschiedlichen Musikstilen können mehr Jugendliche, vor allem unpolitische, angesprochen werden. RechtsRock ist nicht zuletzt aufgrund seiner weiten Verbreitung durch das Internet als einer der »erfolgreichsten Multiplikatoren rechter Ideologie« zu betrachten.
Bis in die 1990er Jahre wurde mit RechtsRock die eigene menschenverachtende Ideologie unumwunden transportiert. Die in diesem Zeitraum einsetzende staatliche Repression veranlasste viele rechte Bands dazu, ihre Inhalte mittels Codes zu verschlüsseln. Büchner führt in diesem Zusammenhang den Begriff des »sprachlichen Untergrunds« an. Ihm zufolge werde mit dieser Strategie zum einen versucht, eine Indizierung zu umgehen, zum anderen werde mit der Dekodierung durch die Fans Zusammenhalt hergestellt. Für die Codierung des Antisemitismus wird auf Stereotype und Metaphern zurückgegriffen, die seit vielen Jahrhunderten verwendet werden. Deshalb differenziert der Autor in der Analyse der RechtsRock-Songtexte und Albumcover/-titel zwischen »christlichem Antijudaismus«, »Rassenantisemitismus«, »sekundärem Antisemitismus« und »israelbezogenem Antisemitismus«. Es sind unter anderem Codes wie »Amalek«, »Blutsauger«, »Hakennase«, »Schuldkult«, »Besatzungsmacht«, »Protokolle« und »US-rael«, die untersucht werden. Deutlich wird, dass Antisemitismus der Feindbildkonstruktion dient, um »(k)omplexe und schwer erklärbare Prozesse, die sich in Politik, Wirtschaft und Medien abspielen, auf simple Weise zu erklären«. Das Buch klärt leicht verständlich über antisemitische Codes im RechtsRock auf. Diese Sensibilisierung ist Voraussetzung, um eine kritische Auseinandersetzung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu forcieren – ob in der Schule, im Jugendzentrum oder Sportverein.

Timo Büchner: »Weltbürgertum statt Vaterland«. Antisemitismus im RechtsRock, Münster 2018, edition assemblage, 112 Seiten, 12,80 Euro.

Staatsanwaltschaftlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt

von Kai Budler



Nach der Selbstenttarnung des NSU standen die Polizeibehörden und der Verfassungsschutz unter massivem Beschuss, die Staatsanwaltschaften und die Bundesanwaltschaft jedoch gerieten nur selten in die Kritik. Warum eigentlich nicht? Dieser Frage gehen Isabella Greif und Fiona Schmidt in ihrer als Buch erschienenen Masterarbeit nach und untersuchen das staatsanwaltschaftliche Vorgehen zum NSU-Komplex und dem Oktoberfestattentat. In ihrer wissenschaftlichen Arbeit räumen sie mit dem Mythos des objektiven und neutralen Strafrechts auf. Stattdessen stellen sie fest, das derzeitige Strafrecht und dessen Auslegungen (re) produziere rassistische Kriminalisierung von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt und legitimiere somit Ungleichheiten. Besonders die Rolle der Bundesanwaltschaft (BAW) bei der juristischen Aufklärung des NSU und des Oktoberfestattentats stößt auf vernichtende Kritik. Am Beispiel der BAW-Anklage im NSU-Prozess belegen die Autorinnen unter anderem eine Entpolitisierung und Entkontextualisierung, die sie auch bei den Ermittlungen der BAW und der Erzählung vom »Einzeltäter« beim Oktoberfestattentat nachweisen. Allgemein weise die Verfolgung rechter und rassistischer Verfolgung strukturelle Defizite auf und sei vom individuellen Einsatz der jeweiligen Staatsanwaltschaft abhängig. Ausgleichen müssten dies momentan eine kritische Öffentlichkeit und der Einsatz und die Arbeit der NebenklägerInnen. Die von Greif und Schmidt aufgezeigten Defizite führen die Autorinnen zu der Frage, ob die gegebenen Strukturen überhaupt eine konsequente Strafverfolgung rechter und rassistischer Gewalt ermöglichen. Als Ansatz plädieren Greif und Schmidt dafür, das Wissen Betroffener über Rassismus einzubeziehen sowie die Rolle der Staatsanwaltschaften und ihre Verstrickungen in die Behördenapparate zu thematisieren und zu kritisieren. Die Basis dafür bietet ihre erkenntnisreiche Arbeit, um die Rolle und die Strategie der Staatsanwaltschaften bei der Aufarbeitung rassistischer Straf- und Gewalttaten und bei rechtem Terror stärker in den Fokus zu rücken. Daher ist die profunde Arbeit auch für Nicht-JuristInnen ein wichtiger Wegbegleiter.

Isabella Greif / Fiona Schmidt: Staatsanwaltschaftlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt. Eine Untersuchung struktureller Defizite und Kontinuitäten am Beispiel der Ermittlungen zum NSU-Komplex und dem Oktoberfestattentat. Potsdam 2018, WeltTrends, 303 Seiten, 19,90 Euro.

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 5)
Roland Geisheimer / attenzione (Seiten 3, 8)
Christian Ditsch (Seite 12)
Marian Ramaswamy (Seite 15)
Bundeswehr (Seite 18)
Mariochom / Wikimedia (Seite 20)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH.
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.



das magazin
von und für antifaschistInnen

Wieviel Nazi steckt in der BRD?

Bundestagswahl

* das wird man ja wohl noch fragen dürfen

der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen

Die Wiederkehr des Verdrängten.

Burschen, Neue Rechte und die AfD

der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen

Wir müssen reden: Christen und die Rechte

der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen

»Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.«

der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen

Angriffe auf Gewerkschaften und Betriebsräte von Rechts

Respekt!

der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen

der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen

ES GIBT KEIN RECHT AUF NAZI-PROPAGANDA!

rechte Publikationen
gedruckte Hetze und Propaganda

seit 1989 Recherche. Analyse. Perspektive.

#drrMagAbo